

kriens

Protokoll

Kriens, 26. Januar 2023

Sitzungsdatum

Donnerstag, 26. Januar 2023

Zeit Ort

13:30 Uhr bis 19:00 Uhr,
Pilatussaal, Stadtplatz 1, Kriens

Verfasst durch

Sascha Frevel
Sachbearbeiter

T 041 329 63 09
sascha.frevel@kriens.ch



Einwohnerratssitzung 2022/2023 Protokoll Nr. 5

Anwesend

Präsident

Räto Camenisch

Einwohnerrat

29 Mitglieder
xx

Stadtrat

5 Mitglieder

Stadtschreiberin Subst.

Nadine Brun

Protokoll

Sascha Frevel

Traktanden

Neueingangsliste

- Nr. 152/22 Dringliche Interpellation Amrhein: Steuerreform
Eingang: 20. Dezember 2022
- Nr. 153/23 Dringliche Interpellation Zosso: Verhältnis Billettsteuer vs. Unterstützung Stadt Kriens?
Eingang: 2. Januar 2023
- Nr. 154/23 Motion Lengwiler: Einführung eines Jugendparlaments in Kriens – von Jungen für für Junge
Eingang: 29. Dezember 2022
- Nr. 155/23 Bericht und Antrag: Bebauungsplan- und Bell-Areal
Eingang: 4. Januar 2023
- Nr. 156/23 Bericht und Antrag: Nachwahl Urnenbüromitglieder und –präsidien für die Amtsperiode 2020 - 2024
Eingang: 20. Januar 2023
- Nr. 157/23 Bericht und Antrag: Rückkommen auf Beschluss Nr. 271/2020 Gemeindeinitiative «Einzonung zu Gunsten neuem Ökihof mit Forsthof»
Eingang: 18. Januar 2023

Räto Camenisch begrüsst alle Anwesenden zur heutigen Einwohnerratssitzung. Für die Luzerner Zeitung schreibt Stefan Dähler.

Die Pausen sind von 15:40 Uhr – 16:00 Uhr. Sitzungsschluss ist um 19:00 Uhr.

Im Anschluss der Sitzung trifft man sich im Restaurant Uno e piu.

1. Vereidigung Fabian Klein und Davide Piras

Räto Camenisch bittet Fabian Klein und Davide Piras zu sich nach vorne. Auch bittet er die Anwesenden sich zu erheben. Fabian Klein und Davide Piras legen den Eid ab. Sie werden mit Applaus im Einwohnerrat willkommen geheissen.

2. Ersatzwahl in die Kommission für den Rest der Amtsperiode

Ersatzwahl in die Kommission für den Rest der Amtsperiode 2020 – 2024

Wahlergebnis Kommission für Finanzen und Gemeindeentwicklung

ausgeteilte Wahlzettel:	30
eingegangene Wahlzettel:	29
leere Wahlzettel:	0

ungültige Wahlzettel:	0
gültige Wahlzettel:	29
absolutes Mehr:	15

Stimmen erhalten und gewählt sind: **Michèle Albrecht mit 29 Stimmen**
Fabian Klein mit 29 Stimmen

Wahlergebnis Kommission für Bildung, Soziales und Gesundheit

ausgeteilte Wahlzettel:	30
eingegangene Wahlzettel:	30
leere Wahlzettel:	0
ungültige Wahlzettel:	0
gültige Wahlzettel:	30
absolutes Mehr:	16

Stimmen erhalten und gewählt ist: **Davide Piras mit 30 Stimmen**

Wahlergebnis Bürgerrechtskommission

ausgeteilte Wahlzettel:	30
eingegangene Wahlzettel:	30
leere Wahlzettel:	0
ungültige Wahlzettel:	0
gültige Wahlzettel:	30
absolutes Mehr:	16

Stimmen erhalten und gewählt ist: **Michèle Akermann mit 30 Stimmen**

Räto Camenisch gratuliert den gewählten zu ihrer Wahl.

3. Mitteilungen / Beschlussfassung Dringlichkeit

Zur Traktandenliste ist nach Räto Camenisch kein Änderungsantrag eingegangen. Die Neueingänge liegen wie gewohnt schriftlich auf.

Es sind 2 dringliche Vorstösse eingegangen. Wird die Dringlichkeit gutgeheissen werden sie als Traktandum 4a und 4b behandelt.

-Dringliche Interpellation Amrhein: Steuerreform (Nr. 152/2022)

Räto Camenisch stellt fest, dass der Dringlichkeit nicht opponiert wird. Die Interpellation wird als Traktandum 4a behandelt.

-Dringliche Interpellation Zosso: Verhältnis Billettsteuer vs. Unterstützung Stadt Kriens? (Nr. 153/2023)

Andreas Vonesch opponiert der Dringlichkeit, denn bereits am nächsten Sonntag wird in Kriens über die Billettsteuer abgestimmt. Viele Bürgerinnen und Bürger haben das bereits gemacht, einige werden es noch tun. Die Meinungen sind grösstenteils klar. Wenn der Einwohnerrat der Dringlichkeit zustimmt, werden Antworten auf die gestellten Fragen kommen. Aber es werden wahrscheinlich nicht die gewünschten Informationen sein. Was nützt das also? Nicht viel. Die dringliche Interpellation kommt aus Sicht der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion viel zu spät und ist ein Schnellschuss. Das bemerkt der Interpellant selbst. Er schränkt seine Fragen auf zwei grosse Sportvereine und zwei kulturelle Institutionen ein. Es werden also diese Vier gegen die anderen Vereine ausgespielt. Das findet Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion nicht zielführend. Eine Beantwortung durch den Stadtrat ist sogar gefährlich. Äussert er sich und gibt so kurz vor der Abstimmung noch einseitige Informationen bekannt, könnte dies allenfalls zu einer Stimmrechtsbeschwerde führen. Der Ausgang der Abstimmung würde damit auch kaum noch beeinflusst. Der Interpellant schreibt zudem: «*Ob die Unterstützung gerecht verteilt ist, müssen wir diskutieren.*» Da ist Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion mit dem Interpellanten vollkommen einig. Die Mitte/Junge Mitte-Fraktion fordert aber eine Gesamtschau unter Einbezug aller partizipierenden Vereine und Organisationen und eine Auslegeordnung über alle von der Stadt für sie erbrachten Unterstützungsleistungen. Erst dann kann der Einwohnerrat seriös vergleichen und über eine gerechte Verteilung diskutieren.

Martin Zellweger findet es geht hier um die Dringlichkeit, nicht um den Inhalt. Gemäss Bundesgerichtsentscheid 119IA271 ist es nicht zulässig während einer laufenden Abstimmung behördenseitig neue Fakten zu schaffen. Es gibt Personen, die schon abgestimmt haben. Die SVP-Fraktion wird die Dringlichkeit nicht unterstützen.

Cyrill Zosso hat mit seiner Interpellation zusätzliche Informationen verlangt, welche für die kommende Abstimmung relevant sind. Er bittet deshalb die Einwohnerratsmitglieder der Dringlichkeit zuzustimmen.

Abstimmung Dringlichkeit

Akermann Michèle	Nein
Albrecht Michèle	Nein
Amrhein Bruno	Ja
Bienz Viktor	Nein
Bucher Zita	Ja
Durrer Ivo	Nein
Erni Matthias	Nein
Felber Reto	Nein
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Gut Kathrin	Ja
Klein Fabian	Nein
Kobi Tomas	Ja
Koch Patrick	Nein
Lengwiler Beda	Nein
Lisibach Armin	Nein
Meier Marco	Nein
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Piras Davide	Nein
Portmann Michael	Ja
Rüegg Beat	Nein

Seger Cedric	Ja
Solari Simon	Ja
Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Nein
Vonesch Andreas	Nein
Zellweger Martin	Nein
Ziemssen Jörg	Nein
Zosso Cyrill	Ja

Die Dringlichkeit wird mit 17:12 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung Stadtrat:

Laut Cla Büchi hat sich die Stadt Kriens am Migros-Engagement Projekt beteiligt. Die Genossenschaft Zeitgut ist mit ihrem Projekt auf dem zweiten Platz gelandet und hat den Zuschlag für die Umsetzung erhalten. Zeitgut wird mit ihren Partnern Kontakt aufnehmen und im März können sich Leute melden.

4. Protokoll Nr. 2 vom 29. September 2022

Räto Camenisch stellt fest, dass keine Änderungsanträge eingegangen sind. Sprachliche Fehler wurden nachträglich korrigiert. Das Protokoll wird somit genehmigt und verdankt.

4a. Dringliche Interpellation Amrhein: Steuerreform

Gemäss Räto Camenisch liegt die Beantwortung schriftlich vor.

1. Welchen Betrag aus Mehrwertabgaben erhält die Stadt Kriens im Jahr 2022?

Im November 2022 sind die mittels Infrastrukturvertrag vereinbarten Fr. 5.7 Millionen von der Pilatus-Arena AG an die Stadt Kriens überwiesen worden. Es handelt sich dabei um die erste Mehrwertabschöpfung in der Stadt Kriens, seitdem die gesetzliche Grundlage im kantonalen Planungs- und Baugesetz 2018 eingeführt wurde.

2. Welche Beiträge an Mehrwertabgaben werden im Jahr 2023, 2024 und 2025 voraussichtlich eingenommen werden?

Die nächste Mehrwertabgabe wird mit der Rechtskraft des Bebauungsplans Bell erwartet. Der Vorvertrag für den noch zu erarbeitenden Infrastrukturvertrag setzt die Mehrwertabgabe auf Fr. 8 Millionen fest.

3. Wie werden diese ausserordentlichen Einnahmen verbucht?

Das Reglement über die Fonds der Stadt Kriens (Nr. 9902) regelt in Artikel 24, dass Mehrwertabschöpfungen in den Fonds für Mehrwertabschöpfung verbucht werden müssen.

4. Wieviel % davon werden in die Erfolgsrechnung als ausserordentlicher Ertrag/Sondersteuern integriert?

Die Einnahme der Mehrwertabschöpfung hat keine Auswirkung auf das Ergebnis der Erfolgsrechnung der Stadt Kriens. Der Fonds für Mehrwertabschöpfung unterliegt denselben Bedingungen auf Erfolgs-Investitionsrechnungen wie die Rückstellungen der Spezialfinanzierungen. Diese haben erst mit entsprechenden Ein- und Ausbuchungen Auswirkung auf die Erfolgs- oder Investitionsrechnung.

5. Welche Aufgaben können damit gemäss Art. 105d, 3 PBG finanziert werden?

Das kantonale Planung- und Baugesetz (PBG) Art. 105d, Abs. 3 verweist auf die im eidgenössischen Bundesgesetz über die Raumplanung (RPG, Raumplanungsgesetz) geregelten Verwendungszweck der Mehrwertabschöpfung:

Der Ertrag aus der Mehrwertabgabe für Um- und Aufzonungen in Gebieten mit Bebauungs- oder Gestaltungsplanpflicht sowie für den Erlass oder die Änderung eines Bebauungsplanes fällt der Standortgemeinde zu und ist für weitere Massnahmen der Raumplanung nach Artikel 3 des Raumplanungsgesetzes, insbesondere für Massnahmen zur inneren Verdichtung, für Aufwertungen des öffentlichen Raums und von Natur und Landschaft sowie für die Förderung der Siedlungsqualität und des preisgünstigen oder gemeinnützigen Wohnungsbaus zu verwenden.

Als Beispiel einer Konkretisierung zählt das Reglement über den Mehrwertausgleich der Stadt Sursee die möglichen Verwendungszwecke wie folgt auf:

Aufwertung des öffentlichen Raums	Platzgestaltung Strassenraumgestaltung
Aufwertung von Natur und Landschaft	Öffentlich zugängliche Parkanlagen, Grün- und Freiräume sichern bzw. schaffen Nächst- und Naherholungsgebiete sichern
Förderung der Siedlungsqualität	Finanzielle Unterstützung von Varianzverfahren / qualifizierte Planungsverfahren
Verbesserung von Wohn- und Lebensqualität / durchgrünte Siedlungen	Unterstützung der Siedlungsökologie
Förderung von preisgünstigem oder gemeinnützigem Wohnraum	Angemessene Reduktion der Mehrwertabgabe bei Erstellung von preisgünstigem oder gemeinnützigem Wohnraum oder einmaligen Beitrag an die Erstellung von preisgünstigem oder gemeinnützigem Wohnraum.
Förderung des öffentlichen Verkehrs	Beiträge an die Förderung der Zugänglichkeit des ÖV, Optimierung von Haltestellen des ÖV
Förderung des Langsamverkehrs	Sichern und Schaffen eines guten Netzes von Fusswegverbindungen Unterstützung von Massnahmen zur Förderung des Zweiradverkehrs
Unterstützungsbeiträge für unterirdische Parkieranlagen	Unterstützungsbeiträge für unterirdische Parkieranlagen bei Auflösung von bestehenden oberirdischen Parkplätzen

Tabelle 1: Quelle Reglement über den Mehrwertausgleich der Stadt Sursee, Art. 12 Mittelverwendung

6. Falls ein Teil in einen Spezialfonds eingelegt wird: Besteht dafür ein spezifisches Reglement und was ist darin Festgehalten?

Das Reglement über die Fonds der Stadt Kriens (Nr. 9902) regelt in Artikel 24, dass Mehrwertabschöpfungen in den Fonds für Mehrwertabschöpfung verbucht werden müssen.

Weiter wird geregelt, dass Kredite und Ausgaben des Fonds nach den kreditrechtlichen Bestimmungen der Gemeindeordnung der Stadt Kriens zu erfolgen haben.

7. Welche Aufgaben können damit gemäss Art. 105.d, 3 finanziert werden?

Siehe Antwort Frage Nr. 5.

8. Wird darüber jährlich Bericht erstattet?

Über die kreditrechtlichen Ausgaben muss im Rahmen des Jahresberichtes (Rechnung) dem Einwohnerrat Bericht erstattet werden. Der Stadtrat hat eine interdepartementale Arbeitsgruppe zur Planung der Verwendung des Mehrwertfonds eingesetzt. Es wird angestrebt, dem Einwohnerrat im laufenden

Jahr 2023 einen ersten Kreditantrag in einem separaten Bericht und Antrag zur erstmaligen Verwendung von Mitteln aus dem Fonds für Mehrwertabschöpfungen zu unterbreiten. In den folgenden Jahren sollen die entsprechenden Kredite im Rahmen des Aufgaben- und Finanzplanes im ordentlichen Verfahren beantragt werden.

Bruno Amrhein dankt dem Stadtrat für die umfassende Antwort zu den Fragen seiner Interpellation. Bis zum Ablauf der Vernehmlassungsfrist Mitte Februar bleiben noch mehr als zwei Wochen. Bruno Amrhein hoffe, dass der Stadtrat die Voten der heutigen Diskussion in seine Vernehmlassung mit einbezieht und dann dem Kanton eine konkrete und klare Stellungnahme zustellt. Die Rolle des Stadtrates ist es, die vorgeschlagene Steuergesetzrevision ganz deutlich aus der Perspektive der Stadt Kriens zu beurteilen. Kriens muss nicht Verständnis zeigen für die Absicht des Kantons, sondern ausdrücklich festhalten, dass diese Revision für die Stadt und die Gemeinden desaströse Folgen hätte. Die Botschaft muss aus der Sicht von Bruno Amrhein klar lauten: So nicht. Damit die Stimme von Kriens verstärkt wird und Wirkung zeigt, ist die politische Zusammenarbeit mit anderen Exekutiven, sowie die Einflussnahme auf die Kantonsräte ganz wichtig. Auch die Einwohnerräte können diesen politischen Prozess unterstützen. Wenn jeder Einwohnerrat mindestens 4 Kantonsräten die Krienser Position darlegt, müssen sich 120 Kantonsräte damit auseinandersetzen. Dies sei nicht bloss bei der Vernehmlassung wichtig, sondern vor allem im Hinblick auf die Beratung des Steuergesetzes im Kantonsrat. Ab 2024 rechnet der Kanton Luzern mit Defiziten, die ausbleibenden Millionen der SNB verschlechtern die Finanzlage zusätzlich. Die 800 Millionen im Ausgleichskonto werden rasch aufgebraucht werden, zumal 300 Millionen zur Erhöhung des Aktienkapitals bei der LUKB eingesetzt werden sollen. Der Kanton könne sich diese überdimensionierte Steuerrevision gar nicht leisten, die Städte und Gemeinde erst recht nicht. Kriens hat kein gefülltes Ausgleichskonto, sondern ist seit Jahren strukturell unterfinanziert und hat über 200 Millionen Schulden. Deshalb sei diese kantonale Steuerrevision eindeutig zurückzuweisen. Bruno Amrhein dankt dem Stadtrat deshalb für seine klare Haltung und allen Kolleginnen und Kollegen für die Einflussnahme in ihrem Netzwerk. Ein paar Konkretisierungen: Vierfach höhere Abzüge für Fremdbetreuung sind nicht sozial, sondern belohnen vor allem hohe Einkommen, da sich normal verdienende Eltern Fremdbetreuung für Fr. 25'000.00 nicht leisten können. Die Erhöhung der Kinderabzüge ist zwar sympathisch, höhere Kinderzulagen würden aber stärker wirken, jeden Monat einen Beitrag und zwar unabhängig ob Fremdbetreuung oder Selbstbetreuung durch die Eltern oder Grosseltern. Steuerabzüge für Gewinne aus Patenten oder für den Forschungs- und Entwicklungsaufwand bevorteilen einseitig gewisse Firmen. Ausführende und dienstleistende Firmen, also die Mehrheit der KMU gehen leer aus. Die fast vollständige Abschaffung der Kapitalsteuer verteilt Steuergeschenke mit der Giesskanne. In der ganzen Steuervorlage fehlen ökologische Anreize. Die Kapitalsteuer für Firmen sollte nur moderat gesenkt werden für Firmen, welche nachweislich ihren ökologischen Fussabdruck senken. Steuererhöhungen sind in Kriens politisch sehr schwierig zu realisieren. Die geplante Steuerrevision würde in Kriens ein Loch von 4,6 Millionen reissen, das sind mind. 1/10 Steuereinheit. Das könne sich Kriens nicht leisten.

Gemäss Martin Zellweger hat die Kommission den dringlichen Vorstoss kurz diskutiert. Ohne fundiertes Vorwissen und Behandlung der konkreten Inhalte war die Kommission klar der Ansicht, dass sich der Stadtrat von Kriens in Bezug auf die zu erwartenden Steuerausfälle provoziert durch die kantonalen Massnahmen geeint und deutlich positionieren sollte. Er soll dies als geeinter Stadtrat machen und nicht nur im Rahmen der Partei-politischen Arbeit einzelner Mitglieder. Die Kommission hat aber das Thema nicht weiter behandelt oder einen Beschluss gefasst.

Martin Zellweger dankt dem Interpellanten im Namen der SVP für den Vorstoss mit dem er ein für sie wichtiges Thema aufgreift. Die SVP äussert sich heute nicht zu den Inhalten der kantonalen Steuergesetz-Teilrevision. Im Grundsatz sei es ja richtig, dass aufgrund der OECD Steuerreform Steuersenkungen vorgenommen werden können und auch auf die Standortattraktivität Wirkung genommen wird. Es

ist für die SVP-Fraktion aber klar, dass dies nicht einseitig auf dem Buckel der Gemeinden ausgetragen werden darf. Im Vernehmlassungsentwurf geht der Regierungsrat von jährlichen Mehreinnahmen auf Grund des OECD/G20- Projekts von 55 Millionen Franken aus. Er will dabei die Gemeinden nicht direkt an den Einnahmen OECD/G20-Projekts beteiligen, stellt aber eine Abfederung von maximal 20 Millionen Franken in Aussicht. Das Problem ist, die Steuerausfälle für die Gemeinden insgesamt betragen – gemäss Auflistung des Kantons im Entwurf – ca. 85 Millionen Franken. Da muss der Regierungsrat deutlich über die Bücher und wahrscheinlich an allen Parametern schrauben. Nachdem AFR18 nicht ausgewertet ist und die kurzfristige Sicht die urbanen Gemeinden belastet, darf der Kanton die Steuerreform nicht nochmals auf den Schultern der Gemeinden austragen. Die SVP-Fraktion fordert den Stadtrat hier ebenfalls auf eine deutliche Position dazu einzunehmen. Er soll dies im Rahmen der Vernehmlassung und mit allen politischen Möglichkeiten, aber auch in Zusammenarbeit mit dem VLG und anderen Gemeinden aktiv und mit Nachdruck angehen

Michael Portmann dankt dem Interpellanten im Namen der SP-Fraktion für die interessanten Fragen zur Steuerreform 2025 des Kantons Luzern. Letztlich geht es bei solchen Reformen immer darum, wer wie entlastet werden soll. In dieser Reform werden Menschen mit wenig Einkommen, Familien mit externer Kinderbetreuung und Firmen entlastet. Bei den Familien und Menschen mit wenig Einkommen soll die heute zunehmende Armut verbunden mit der sinkenden Kaufkraft verringert werden. Das soll die Sozialversicherungen entlasten und so vermutlich auch die Aufwände für die Gemeinden zumindest auf gleichem Stand halten. Was aber macht Kriens auf Ebene Gemeinde mit diesen Informationen? Das erinnert doch stark an die AFR18? Der Kanton schätzt die Steuerausfälle für sich und die Gemeinden ab. Für Kriens werden 4,6 Millionen Franken Einnahmen fehlen. Was tut Kriens damit? Bei näherer Betrachtung wird sichtbar, dass in Kriens Menschen mit wenig Einkommen um 1,64 Millionen Franken entlastet werden. Diese Entlastung kommt Menschen zugute, welche in den letzten 10 Jahren an der Schwelle zur Armut gelebt haben. Familien werden für externe Kinderbetreuung voraussichtlich um 0,830 Millionen entlastet. Das könnte die Stadt Kriens in den Tagesstrukturen auch entlasten. Ebenfalls entlastet werden auch die Kapitaleleistungen in die Vorsorge, das heisst Pensionierte und zwar um 0,821 Millionen Franken. Es ist zu erwarten und zu hoffen, dass die Rechnung des Kantons aufgeht und hier auch für uns Gemeinden eine spürbare, entlastende Wirkung entsteht. Schliesslich sollte ein solche Stärkung der Kaufkraft am Schluss die Aufwände in allen Bereichen der Sozialversicherungen, das heisst WSH, IPV und EL senken helfen. Das wäre dann auch etwas für die Vernehmlassung mit dem Kanton Luzern. Es gilt auch zu betrachten, ob sich die Ausgabenseite durch die Entlastung bei den Einnahmen eventuell positiv verändert und das könnte hier ja auch tatsächlich der Fall sein. Schliesslich soll die Entlastung oder die Steuerausfälle eine Wirkung entfalten, was dann auch heisst, dass der Kanton auf jeden Fall auch in 3-5 Jahren einen Wirkungsbericht nachlegen muss. Konnte die Kaufkraft so gestärkt werden, dass sich die Armut verringert hat? Hat dies auch die Gemeinden entlastet? Und die Stadt Kriens muss jetzt die Hausaufgaben machen und die Wirkung auf die Menschen in Kriens abschätzen.

Christine Kaufmann-Wolf dankt dem Interpellant für die interessanten fragen. Der Interpellant sei sehr informiert und macht sich sorgen um die finanzielle Belastung. Auch der Stadtrat macht sich diese Sorgen und ist dementsprechend im regen Austausch mit verschiedenen Gruppierungen wie zum Beispiel Gemeinden, K5-Mitglieder, Kantonsräten, Fraktionsräten wie auch Regierungsräten. Wie in der Beantwortung erwähnt ist der Auslöser für die vorliegende Teilrevision des Steuergesetzes unter anderem das überarbeitete kantonale Finanzleitbild 2022 und der Wirkungsbericht Existenzsicherung 2021. Weiter soll die Attraktivität des Kanton Luzern für juristische Personen durch geeignete Massnahmen gestärkt werden. Die prognostizierten Minder-Steuereinnahmen kann die Stadt Kriens weder kompensieren noch einsparen. Da ist der Stadtrat dran. Das Vernehmlassungsverfahren bezweckt die Beteiligung, der politischen Parteien und interessierten Kreisen, an der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung. Der Vernehmlassungsprozess wird von verschiedenen Anspruchsgruppen beantwortet beziehungsweise Stellung genommen. Ein Referendum ist erst nach Beschluss vom Kantonsrat möglich. Über den Inhalt gehen im Einwohnerrat die Meinungen stark auseinander, jedoch sagen alle, dass

der Kanton aufzeigen soll wie man die Mindereinnahmen abfedern kann. Jede Person kann diese Vernehmlassung herunterladen und beantworten. Der Stadtrat hofft, dass diese Interpellation gut beantwortet werden konnte. Dem Stadtrat machen diese 4.6 Millionen Franken auch Bauchschmerzen.

Traktandum ist somit erledigt.

5. Beantwortung Interpellation Stofer: Wie schützt die Stadt Kriens ihre Bevölkerung vor Hitze?

Peter Stofer hat die Interpellation aus der eigenen Betroffenheit geschrieben und dankt dem Stadtrat für die Beantwortung seiner Interpellation. Es sei bekannt, dass jedes Jahr Senioren aufgrund der Hitze sterben und deshalb ist es höchste Zeit, dass die Stadt Kriens aktiv etwas dagegen unternimmt.

Gemäss Tomas Kobi sorgen sich etliche Schweizer Städte um ihre Seniorinnen und Senioren. Die Hitze trifft diese vulnerable Personengruppe hart. Laut Umweltepidemiologin Ana Vicedo, Leiterin Forschungsgruppe «Klimawandel und Gesundheit» der Universität Bern, können die Folgen von Hitzewellen für ältere Menschen ab 80 Jahren sogar tödlich sein. In der Schweiz sterben bei Temperaturen über 30 Grad deutlich mehr Menschen. Die städtische Bevölkerung ist bei Hitzewellen aufgrund des Hitzeinseleffekts ausserordentlich stark betroffen. In der Stadt Luzern wurden 2022 an folgenden Tagen Temperaturen von 33 Grad und mehr gemessen: 18. Juni, 19. Juni, 14. Juli, 25. Juli und 4. August. Verschiedene Städte haben Massnahmen ergriffen, um die Folgen der Hitze für die älteren Personen zu minimieren. In Zürich wird vor allem auf Informationen gesetzt. Flyer mit «Hitze-Tipps für ältere Menschen» werden verteilt. Ausserdem kann man sich über ein Hitzetelefon beraten lassen oder Hilfe beim Einkaufen anfordern. Ein ähnliches Angebot gibt es in Lausanne, wo Senioren ebenfalls telefonische Unterstützung bis hin zu Hausbesuchen einfordern können. In Martigny, notabene weniger Einwohnerinnen und Einwohner als Kriens (18300 Einwohnerinnen und Einwohner) kontaktierten die Behörden Mitte März alle Personen ab 75 Jahren per Post und führen nun bei Bedarf telefonische Beratung durch. («NZZ am Sonntag» 24.7.2022. Auch die Stadt Luzern wurde aktiv. Der Stadtrat hat deshalb im Jahr 2020 im Auftrag des Parlaments eine Klimastrategie mit verschiedenen Massnahmen erarbeitet. Eine dieser Massnahmen umfasst ein «Präventions- und Beratungsangebot für vulnerable ältere Personen während Hitzewellen». Das Angebot richtet sich an über 75-Jährige, die in ihrem Alltag auf sich allein gestellt sind und nicht auf Familie, Bekannte oder Nachbarschaft zählen können. Diese Personen werden auf Wunsch während einer Hitzewelle ab dem dritten aufeinanderfolgenden Hitzetag einmal täglich angerufen. Aus der Antwort des Stadtrates ist zu lesen, dass im Rahmen des Projekts Altersstrategie 2030 im Jahr 2023 Fr. 20'000.00 für erste, punktuelle Massnahmen zur Verfügung stehen. Es wäre sehr wünschenswert, wenn die Stadt Kriens hier präventiv aktiv würde. Ins Boot nehmen könnte sie – wie dies die Stadt Luzern gemacht hat Partnerorganisationen wie zum Beispiel Spitex, Zeitgutschrift und so weiter.

Michèle Akermann bedankt sich beim Stadtrat im Namen der SVP-Fraktion, dass er sich die Zeit genommen hat, die Interpellation Stofer zu beantworten. Dennoch sind sie froh, dass der Stadtrat nicht beabsichtigt, während künftigen Hitzeereignissen den Betroffenen, persönlich etwas Luft zu zufächeln. Aus Sicht der SVP-Fraktion fehlt dem Stadtrat dann doch auch die Zeit, obwohl dies dem Interpellanten, welcher beim Verfassen wahrscheinlich auch etwas unter der Hitze leiden musste, vielleicht geholfen hätte. Aber Spass beiseite. Die SVP-Fraktion versteht die Antworten des Stadtrates und empfindet das Vorgehen, was kurzfristige Massnahmen bei Hitze betreffen völlig angemessen. Es gebe bereits genügend bekannte Massnahmen und auch Kantone wie beispielsweise das Tessin, welche schon länger mit solchen Hitzeereignissen umgehen müssen. Diese Massnahmen sind zu übernehmen beziehungsweise ist auf diese zu verweisen. Dass die Stadt Kriens hier völlig eigene Konzepte erstellen

sollte, empfände die SVP-Fraktion als Ressourcen- und Mittelverschwendung. Dass jedoch konkret auf Kriens zugeschnittene mittel- und langfristige Ziele beispielsweise im Rahmen der Ortsplanung definiert und umgesetzt werden, sei hingegen durchaus sinnvoll. Es sei also nicht so, dass die Stadt Kriens nichts macht, wie der Interpellant vorhin angedeutet hat. Dort sollen also die knappen Ressourcen entsprechend eingesetzt werden wie es der Stadtrat vorsieht. Die SVP begrüsst dieses Vorgehen.

Beda Lengwiler dankt Interpellanten im Namen der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion für sein Engagement und dem Stadtrat für die Beantwortung. Die Stadt Kriens wird von Jahr zu Jahr heisser. Was nach einer Attraktiverung der Stadt klingt, ist es leider nicht. Die Temperaturen steigen und dies kann der Gesundheit von älteren Krienserinnen und Kriensern zusetzen. Aus diesem Grund erachtet Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion es als wichtig sich auch als Stadt mit dem Thema auseinander zu setzen. Sie sind der Ansicht, dass die Stadt Kriens die Bevölkerung über das Thema informieren und sensibilisieren soll. Selbst Programme zu lancieren und für die Nachsorge Personen anzustellen, erachten sie nicht als Aufgabe der Stadt. Die Stadt soll Informieren und dabei auf bestehende Angebote aufmerksam machen. Was Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion als Aufgabe, der Stadt Kriens erachtet, ist es, präventiv Massnahmen zur Kühlung der Stadt zu ergreifen. Sie sind der Meinung, dass es wichtig ist in diesem Bereich eine Verbesserung anzustreben. Die Stadt ist im Rahmen der Revision der Ortsplanung bereit, Massnahmen zur Anpassung an den Klimawandel vorzubereiten und umzusetzen. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion erachtet dies als sehr wichtig. Speziell bei Neubauten soll eine nachhaltige Bauweise berücksichtigt werden, welche möglichst wenig Fläche versiegelt und so die Stadt nicht zusätzlich aufheizt. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion ist der Meinung, dass dies in der Ortsplanung einfließen soll.

Kathrin Gut dankt dem Interpellanten und dem Stadtrat für die Beantwortung der Fragen. 3200 Personen im Alter von 75+ wohnen in Kriens, wie viel davon in einem Einzelhaushalt leben, ist leider nicht ersichtlich. Wichtig ist, dass diese Gruppe von Personen erreicht wird. Menschen die alleine zu Hause sind in der Hitze. Einsamkeit kann hier auch zum Thema werden. In der Stadt Luzern wurden diese Personen wie schon erwähnt angeschrieben. Massnahme: "Anruf an Hitzetagen: Präventionsprojekt zum Schutz von älteren Personen". Sie erhielten ein Schreiben mit einem Termometer plus ein BAG Flyer, beides versehen mit den 3 goldenen Regeln. Die älteren Personen konnten sich melden, wenn sie täglich angerufen werden wollten. Hitzeperioden sind eine ernst zu nehmende Gefahr für die Gesundheit, für die oben erwähnten Menschen können diese sogar lebensbedrohlich sein. Kriens wartet auf die Vorgaben des Kantons. Die SP ist der Meinung, dass die Stadt Kriens die Verantwortung wahrnehmen muss und die vulnerable Bevölkerung geschützt, informiert und kontaktiert werden soll. Mit kleinem Aufwand kann auch schon die Homepage angepasst und im Kriens Info Regeln publiziert werden. Es kann ein Flyer beigelegt werden mit den wichtigsten Punkten und Hilfeangeboten. Dabei kann auch eine Zusammenarbeit mit Nachbarn oder Freiwilligen angestossen werden, welche durch die erhaltenen Informationen und Aufklärungsflyer sensibilisiert wurden. Gemäss der Hitze-Massnahmen-Toolbox des Bundes gibt es diverse Massnahmen, welche auf Ebene der Gemeinden ohne weitere Absprache mit anderen Playern ergriffen werden können. Die Verantwortlichkeiten zwischen Bund, Kanton und Gemeinden in der Alters- und Gesundheitsversorgung sind geklärt. Und exakt wegen dieser Verantwortung ist es schon fast fahrlässig, wenn die Stadt Kriens darauf wartet, dass der Kanton etwas tut. Im Gegenteil ist die Stadt Kriens direkt und selbst dafür verantwortlich, dass sie sich im Rahmen der Hitze-Massnahmen-Toolbox auf diese neue Situation in der Alters- und Gesundheitsversorgung einstellt und sofort geeignete Massnahmen ergreift. In Anbetracht der Verstädterung ist eine vorausschauende Planung ein wichtiger Weg die Luftzirkulation zwischen den Häusern sowie weitere Grünflächen, Pärke und Alleen einzuplanen. Was gibt es besseres als luftigen Baumschatten? Die Stadt Bern hat zum Beispiel online einen Stadtplan mit Schattenplätzen inklusive Freibäder, Brunnen und Spielplätzen, wo Mensch sich abkühlen kann. Die SP-Fraktion fordert den Stadtrat auf Massnahmen zu ergreifen, die Bevölkerung zu informieren und sich mit der Stadt Luzern über die Erfahrungen des letzten Sommers auszutauschen, sowie Projekte für den Klimaschutz voranzutreiben.

Laut Bettina Gomer sind ältere Personen sind nicht mit der Hitze aufgewachsen, wie sie heutzutage im Sommer herrscht. Nur Flyer zu verteilen reiche nicht aus um das Problem zu bekämpfen. Die Infos sollten für alle zur Verfügung stehen. Die Stadt Kriens sollte auch die jüngeren Generationen auf das Problem aufmerksam machen, damit die in diesen Tagen sensibilisiert gegenüber den Eltern und Grosseltern sind. Schwierig wird es bei den sozial isolierten Personen.

Laut Cla Büchi wartet die Stadt Kriens nicht bis der Kanton etwas macht. Die Stadt Kriens ist eigenständig. Die Meinungen im Einwohnerrat gehen weit auseinander. Die einen wollen mehr Massnahmen und die Anderen finden es ist nicht Aufgabe der Stadt. Einige sind sogar familiär von diesem Thema betroffen. Der Planungsbericht sollte voraussichtlich im Jahr 2023 in den Einwohnerrat kommen. Die Massnahmen zum Schutz vor Hitze werden erarbeitet und die Stadt Kriens wird das Projekt von der Stadt Luzern miteinbeziehen. Das Projekt in Luzern funktioniert mit freiwilligen vom roten Kreuz und berücksichtigt den Massnahmenkatalog vom Bund. Der Stadtrat wird dies noch genauer prüfen und anschliessen abwägen. Der Klimawandel ist auch für den Stadtrat ein wichtiges Thema und wird auch bei anderen Themen wie zum Beispiel bei der Überarbeitung vom Zonenplan beachtet.

Traktandum ist erledigt

6. Beantwortung Interpellation Erni: Bevölkerungsschutz

Michael Portmann tritt in Ausstand, da seine Ehefrau die Beantwortung verfasst hat.

Matthias Erni dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Fragen, sowie dem Leiter ZSO Pilatus und dem Leiter Bereich Infrastruktur der kantonalen Dienststelle für ihre geleisteten Auskünfte. Kriens ist im vergangenen Jahr von einem grossen Naturereignis betroffen gewesen. Glücklicherweise hatte das Ereignis von der Feuerwehr, Werksdienst und Privaten innert wenigen Tagen bewältigt werden können. Vor schweren Sturzfluten wie 2021 in Deutschland ist Kriens verschont geblieben. Trotzdem bleibt die Gefährdung und man überlegt sich in diesem Zusammenhang: Würde die koordinierte Bewältigung von Notlagen in Kriens funktionieren? Der Chef Bevölkerungsschutz (Elmar Kunkler) hat seine Funktion per 1. April 2022 niedergelegt. Eine Nachfolge hat die Stadt Kriens keine kommuniziert. Dieser Umstand hat die FDP-Fraktion im August 2022 zur Einreichung von diesem Vorstoss bewogen. Die FDP Kriens war besorgt, dass die Zuständigkeiten im Krisenstab unklar oder die Stellen sogar unbesetzt blieben. Erleichtert nahmen sie nach ihrem Vorstoss zur Kenntnis, dass zwei neue Personen gefunden worden sind. Die FDP-Fraktion ist zuversichtlich, dass die Arbeit im Gemeindeführungsstab, sowie die periodische Beübung, welche inzwischen 3.5 Jahre ausgeblieben ist, im neuen Jahr wieder aufgenommen wird. Ganz und gar nicht erfreulich ist die Situation hingegen mit den Schutzräumen in Kriens. Aufgrund der Beantwortung muss man davon ausgehen, dass die Schutzräume in Kriens bei einem Katastrophenereignis nicht ausreichend einsatzfähig wären. Es ist beängstigend, dass Krienser Schutzräume seit teilweise über 40 Jahren nicht kontrolliert wurden. Die Bedrohungslage ist aber nicht nur in Kriens, sondern im ganzen Kanton Luzern systematisch unterschätzt worden. Es erstaunt also nicht, dass der Kanton diese Kompetenz an sich nimmt, weil es die Gemeinden jahrzehntelang versäumt haben. Dass in der Beantwortung mit dem Finger auf die Hauseigentümer gezeigt wird und mit Strafanzeigen gedroht wird, ist für die FDP-Fraktion unverständlich. Seitens der Behörden wäre etwas Selbstkritik angebracht. Sind es doch die Gemeinden, welche für periodische Kontrolle der Schutzräume zuständig gewesen sind. Dies aber jahrelang unterlassen haben. Der Kanton Luzern hat nun die Versäumnisse der Gemeinden an die Realität anzupassen und die Verantwortung in den kommenden Jahren ernst zu nehmen. Denn die Sicherheit gehört zu den Grundvoraussetzungen für die Freiheit und für einen prosperierenden Lebens- und Wirtschaftsraum.

Laut Pascal Meyer zeigt die Beantwortung der Interpellation Erni klar, dass die Stadt Kriens und der Kanton Luzern den gesetzlichen Auftrag wohl als wenig relevant beurteilt hatten. Mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und der atomaren Kriegsrhetorik, erinnern sich alle plötzlich wieder, dass die Weinkeller oder Skiräume wohl auch noch einem anderen Zweck dienen könnten. Die Grüne/glp-Fraktion sieht, dass der Stadtrat das Anliegen erkannt hat und die Versäumnisse mit den beschriebenen Massnahmen in der Beantwortung nun konstruktiv angegangen ist. Was leider aus dem Bericht nicht hervorgeht, ist die offizielle Antwort auf die Frage, warum es überhaupt zu diesen Versäumnissen gekommen ist. Hat der Stadtrat tatsächlich die Praxis, dass wenn «viele Luzerner Gemeinden» sich nicht an den gesetzlichen Auftrag halten, dass dann eine rechtskonforme Umsetzung dieses öffentlichen Auftrags nicht relevant ist? Da nun ab diesem der Kanton die Verantwortlichkeit der Kontrolle der Schutzräume hat, ist zu hoffen, dass das Anliegen mit der nötigen Ernsthaftigkeit angegangen wird.

Beat Rüegg dankt dem Bevölkerungsschutz-Interpellanten Erni im Namen der SVP-Fraktion, einerseits für seinen topaktuellen, tiefeschürfenden und gerechtfertigten Vorstoss, andererseits dem Krienser Sicherheitsvorsteher für die nachvollziehbaren und anderen Antworten. Als ehemaligem SWISS-ARMY-Stabschef (> 1'800 Dienstage) ist für Beat Rüegg die Thematik „Bevölkerungsschutz“ kein Fremdwort, sondern in der Schweiz sogar ein Verfassungsrecht im öffentlichen Interesse mit hoher persönlicher Betroffenheit. Auch 100 % der Krienser Bevölkerung haben deshalb das Recht auf einen vollwertig-funktionsfähigen – und nicht nur erneuerbaren Schutzraum. Im Kanton Luzern gibt es 16'500 Schutzräume, davon sind ungefähr 1'200. Da seit Jahrzehnten das verbindliche Behörden-Schutzraum-Qualitäts-Controlling nicht durchgeführt wurde, stimmen die statistisch ausgewiesenen Schutzplatz-bilanzen pro Gemeinde bei weitem nicht. Dementsprechend ist auch die aktuelle Internet-Schutzraum-Zuweisungsplanung als Makulatur zu betrachten. Im Ernstfall eine Katastrophe für die Schutzsuchenden. Welche Lehren und Massnahmen sollen nun daraus gezogen werden? Die Stadt Kriens hat ihre Pflicht des Schutzraum-Controllings wissend nicht wahrgenommen. Mit der Pseudo-Begründung „wie viele andere Gemeinden auch“, versteckt sich der Stadtrat hinter andere, anstelle dafür einzustehen und zu prüfen, was noch kurzfristig erledigt werden könnte. Allerdings gilt auch ein Appell an die Eigenverantwortung der Schutzraum-Besitzer, denn diese sind ebenfalls in der Pflicht. Stadtrat-Interpellations-Antwort auf letzter Seite: „vereinzelt könnte man Strafanzeige einreichen“. Diese Aussage ist stossend, nachdem die Stadt ihre Aufsichtspflicht langjährig nicht wahrgenommen hat. Auch wenn neu der Kanton Luzern aufgrund der Gesetzesänderung ab 2023 für das Schutzraumcontrolling zuständig ist, hat Kriens seine „Transformations-Hypothek“ trotzdem kooperativ mit dem Kanton einer zielorientierten Realisierung zuzuführen. Dafür existiert ein zweckgebundener Reserve-Finanztopf mit über 50 Millionen Franken Einlagekapital. Die Zeit drängt, insbesondere in der momentan geostologisch volatilen Unsicherheitszone Europa.

Andreas Vonesch bedankt sich im Namen der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion beim Interpellanten für die Fragen zu einem sehr aktuellen Thema und dem Stadtrat für die klaren Antworten. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion ist mit der Beantwortung der Fragen zufrieden, auch wenn inhaltlich aufgezeigt wird, dass in den letzten Jahren einige Versäumnisse im Bereich der gesetzlichen Schutzraumkontrollen vorgekommen sind. Die instabile geopolitische Lage mit den Kriegsgeschehnissen schon fast vor der Haustüre hat aufgezeigt, dass der Bevölkerungs- und Zivilschutz auch in sogenannten „Friedenszeiten“ nicht vernachlässigt werden darf und weiterhin hohe Einsatzpriorität geniessen muss. Dass dazu die notwendigen Revisionen des Bundesgesetzes über den Bevölkerungs- und Zivilschutz vorgenommen wurden und vom Kanton Luzern adaptiert worden sind, ist begrüssenswert. Dass nun dieses Jahr mit den entsprechenden Umsetzungen im Kanton Luzern angefangen wird, stimmt Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion zuversichtlich. Ein zweiter Bereich der Fragestellung bezieht sich auf die Führung der Gemeinde in Notlagen, insbesondere auf die Zusammensetzung und Arbeit des Gemeindeführungsstabes. Da kann Andreas Vonesch dem Einwohnerrat aus eigener Kenntnis und praktischer Erfahrung versichern, dass Kriens gut funktionierende Organe hat, die durch eine klare Organisations- und Prozessstruktur mit entsprechendem Zuzug von Experten in der Lage sind, Gefahren- und Notfallszenarien zu bewältigen. Die Mitte/Junge Mitte möchte sich an dieser Stelle, bei allen involvierten

Organisationen und Personen bedanken, welche die Bewältigung von Ereignissen nicht nur üben, sondern in den letzten Jahren auch praktisch im Einsatz gestanden sind.

Maurus Frey fand den Satz, dass Ski- und Weinkeller doch noch einen Gebrauch haben sehr passend. Im Juli sowie im August hatte Kriens Hochwasserereignisse. Beide Ereignisse wurden so eingeschätzt, dass Kriens diese mit den vorhandenen Kräften entscheiden kann und nicht den Krisenstab auslösen muss. Das stehe auch so im Ereignisprotokoll von der Feuerwehr. Mit den zwei neu eingesetzten Herren wurde abgeprochen, dass man die Stellenbesetzung erst nach den Sommerferien kommuniziert. Das war ein Fehler sieht Maurus Frey nun ein. Dies werde er auch gerne so mitnehmen. Der Kanton Luzern hat ebenfalls festgestellt, dass die Gemeinden ihren Aufgaben nicht nachkommen. Mit dem Finger auf Leute zu zeigen sei aktuell nicht zielführend. Dies war ein Versagen auf verschiedensten Stufen. 2022 hat man eine Offerte verlangt, was eine Wiederaufnahme zur Folge hätte. Zivilschutzraumkontrollen nun durchzuführen sei nicht zielführend, wenn der Kanton bald die Aufgabe von der Gemeinde übernimmt. Die Bevölkerung soll ein Vertrauen in die Sicherheit haben. Es werden schliesslich viele Ressourcen und Finanzen in die Sicherheit investiert. Der Wein ist schnell ausgetrunken und die Skis sind schnell aus dem Schutzraum entfernt. Die Aussage betreffend Strafanzeige wurde dem Stadtrat ins Maul gelegt und kam nicht wirklich vom Stadtrat. Die Zusammenarbeit mit den Nachbarsfeuerwehren funktioniert sehr gut. Gerade vor kurzen hat man eine Gebietsabmachung unterzeichnet. Der Ziegeleipark sei dafür ein gutes Beispiel. Es gibt nun eine Vereinbarung, dass der gesamte Einsatzbereich bei der Feuerwehr Horw liegt.

Das Traktandum ist somit erledigt.

7. Postulat Stofer: Schachen-Amlehnstrasse: Tempo-30 jetzt! Zur Sicherheit des Veloverkehrs

Gemäss Räto Camenisch ist der Stadtrat gegen eine Überweisung vom Postulat

Für Peter Stofer ist die Begründung vom Stadtrat nicht verständlich. Die Stadt Luzern musste den Radstreifen ebenfalls nicht entfernen es muss auch nicht dringend überall Rechtsvortritt geben. Das UVEK macht eine Ausnahme, wenn es um die Verkehrssicherheit geht. Die Lichtsignalanlagen könnten abgestellt werden und dann hat die Stadt Kriens einen Beitrag geleistet an die Energiesparmassnahmen. Es geht bei diesem Postulat um eine Sicherheitslücke. Das BFU sagt, dass sich fast 2/3 der schweren Velounfälle innerorts ereignen. Stephan Christ vom BFU hat gesagt, dass Tempo 30 Leben rettet.

Nachdem sich Patrick Koch an der letzten Sitzung bereits zu diesem Postulat geäußert habe, konzentriere er sich im heutigen Votum vor allem auf einen Punkt. Die Rolle der Schachen- /Amlehnstrasse als unverzichtbare Entlastungsstrasse der Krienser Hauptverkehrsschlagader – der Luzernerstrasse. Dank diesem Strassenzug kann das Krienser Strassennetz den Verkehr ohne grössere Probleme auch während der Rush Hour bewältigen. Ein Abwürgen des Individualverkehrs auf diesem Strassenzug führt zu einer Umlagerung und schliesslich zu einem Verkehrskollaps auf der Luzernerstrasse. Normalerweise werden teure Studien und Testplanungen in Auftrag gegeben, wenn die Bedeutung einer Strasse in Bezug auf den Gesamtverkehr eruiert werden soll. Bei der Schachen-/ Amlehnstrasse ist dies nicht nötig. Im Januar 2014 ereignete sich ein Tötungsdelikt an der Schachenstrasse. Die Strasse war danach Stunden gesperrt. Der Verkehr brach in Luzern-Süd grossräumig zusammen. Gleiches ereignete sich bei einem Grossbrand im Jahr 2016. Das Verkehrschaos hatte auch einen einschneidenden Einfluss auf den ÖV. Bei Veranstaltungen jeder Art wird die

Schachen- /Amlehnstrasse jeweils als offizielle Ausweichroute signalisiert. Wie soll denn dies in Zukunft bei einer Kastration der Schachen- /Amlehnstrasse möglich sein. Fahren die Fahrzeuge und die Busse über Littau ins Obernau? Damit wäre die grosse Bedeutung einer durchgehenden Schachen- /Amlehnstrasse in der Praxis als beste «Stauprävention» bewiesen. Es sei absoluter Unfug darauf Tempo 30 zu planen oder wie vorgesehen, die Anzahl Fahrzeuge pro Tag zu beschränken. Tempo 40 auf der Schachen-/Amlehnstrasse sowie Tempo 30 auf den Seitenstrassen hat sich bewährt. Dafür besteht ein breiter Konsens. Es sei einfach nicht durchdacht. Oder wolle Kriens bald Zustände wie in der Stadt Luzern, wo die Bewohner nur mit erheblicher Verspätung mit ihrem PW nach Hause kommen. Geschweige denn von dem grassierenden «Lädelisterben» in der Stadt Luzern gerade wegen der hinterwäldlerischen Verkehrspolitik. Unnötige Zeitverluste in Tempo-30-Zonen treffen auch Gewerbebetreibende wie Handwerker, Lieferanten und Taxifahrer. Weiter argumentieren die Grünen, dass der Verkehr zwischen Kriens und Luzern wieder flüssiger wird, wenn vermehrt Leute auf den ÖV umsteigen. Patrick Koch erhalte den Eindruck, dass die Krienser nur zum Plausch mit dem PW herumkurven. Zahlreiche PW-Lehner fahren auf die Autobahn oder sind beruflich unterwegs. Dazu gesellt sich ein anderes Problem. Als Direktbetroffener kann er davon ein Liedchen singen. Patrick Koch arbeitet mitten in der Stadt Zürich und so ist es nicht möglich mit dem PW an die Arbeit zu fahren. Deshalb gehe er mit Velo und/oder Bus und Zug zur Arbeit. Die Züge sind vollgestopft und verkehren ab Luzern wegen dem bekannten Nadelöhr bei der Bahnhofseinfahrt unzuverlässig. Regelmässige Zugsausfälle häufen sich. Noch mehr Menschenmassen kann der ÖV mit dem heutigen Netz kaum bewältigen. Die Situation dürfte sich erst nachhaltig mit der Vollendung des Durchgangbahnhofs verbessern. Immer wieder wird von grüner Seite moniert, dass diese Strasse besonders gefährlich ist und es zu vielen Unfällen kommt. Jeder Unfall ist einer zu viel. Ist es aber nicht auch so, dass das Aufkommen der E-Bike zu einem generellen Ansteigen der Verkehrsunfälle mit Zweirädern geführt hat. Patrick Koch habe schon mehrmals beobachtet wie E-Bikes ohne Handzeichen geschweige denn mit einem Blick zurück Fahrräder überholen und dann den Autos in die Quere kommen. Es verhält sich sicher auch nicht jeder Autofahrer korrekt. Idioten gibt es immer, ob nun Tempo 30, 40 oder anderes gilt. Eine stärkere Präsenz der Polizei kann so oder so nicht schaden. Als Velofahrer fühlt sich Patrick Koch auf diesem Strassenzug sicher. Beidseitig sind Radstreifen markiert. Breitere Radstreifen wären sicher zu begrüssen, sind aber aufgrund der Breite nicht beidseitig realisierbar. Man kann nicht einfach den Talboden erweitern. Auch wird wiederholt auf das Nichteinhalten von Lärm-Grenzwerten hingewiesen. Mit der neuesten Generation von Flüsterbelägen können die Lärm-Grenzwerte eingehalten werden. Der Kanton soll hier in die Pflicht genommen werden. Die Fussgänger dürfen wegen der Diskussion zwischen dem MIV und dem Langsamverkehr nicht vergessen werden. Steigt die Sicherheit für die Fussgänger, wenn Querungshilfen wie Ampel oder Zebrastreifen fehlen? Es ist davon auszugehen, dass Lichtsignalanlagen und Fussgängerstreifen bei Tempo 30 zurückgebaut werden müssten. Stadt hat hunderttausenden von Steuerfanken in den letzten Jahren für die Instandhaltung der Lichtsignalanlagen auf der Schachen- /Amlehnstrasse investiert. Für die Schulkinder besteht zudem ein sicherer Weg über Underhus und es sind heute gesicherte Strassenquerungen mit Ampel und Fussgängerstreifen vorhanden. Im Jahr 2013 hat sich das Krienser Stimmvolk gegen Tempo 30 und andere Massnahmen auf der Schachen- /Amlehnstrasse ausgesprochen. Fast 1500 Personen haben das damalige Referendum unterschrieben. Den Volksentscheid gilt es zu respektieren. Dies ist ein Generationenentscheid. Die finanziell arg gebeutelte Stadt Kriens hat kein Geld für teure Strassenexperimente. Die Krienser Bevölkerung soll sich bei der Abstimmung über die Velonetz-Initiative und/oder den Gegenvorschlag zum Thema Schachen-/Amlehnstrasse äussern. Dieses Postulat ist deshalb unnötig. Die ganze Verkehrssituation in Kriens muss gesamtheitlich betrachtet werden. Tempo 30 auf der Schachen- /Amlehnstrasse löst keine Probleme, sondern schafft neue und führt zu einem regelmässigen Verkehrschaos zu den Hauptverkehrszeiten. Gerade auch auf der Hauptverkehrsschlagader – der Luzernerstrasse. Aus allen diesen Gründen bitten wir Sie dieses Postulat abzulehnen.

FDP-Fraktion Beat Tanner Lehnt Überweisung vom Postulat ab, fährt die Strecke selber jeden Tag mit dem Fahrrad und er fühlt sich sicher. Die FDP-Fraktion sieht die heutige Lösung mit Tempo 40 als richtig und hält fest, dass die Bevölkerung eine Veränderung abgelehnt hat. Die Schachen-/Amlehnstrasse stellt die Hauptverbindung für den Veloverkehr von und in Richtung Luzern dar. Velos Richtung Stadt

Luzern fahren sehr oft mit einem höheren Tempo als 30. Die Forderung der Grünen würde nicht zur Sicherheit des Veloverkehrs beitragen, ganz im Gegenteil. Sind Velos schneller als Autos unterwegs führt dies zu grossen Konflikten und zu ganz gefährlichen Situationen. Deswegen hat sich Tempo 40 bewährt. Dazu kommt, dass die nötige Einführung bei Tempo 30 von Rechtsvortritt zu weiteren grossen und gefährlichen Situationen führen würde. Für die FDP-Fraktion ist es also der falsche Ort für Tempo 30.

Viktor Bienz erlebte die Schachen/ -Amlehnstrasse in den letzten 22 Jahren als viel diskutierte Entlastungsstrasse im Einwohnerrat. Einmal will man eine Einbahnstrasse, welche morgens und abends alterniert. Dann wieder Busbevorzugte Strassen, aber auch Velobevorzugung sei nichts Neues. Es gab einen klaren Volksentscheid gegen eine Veränderung dieser Strasse. Geblieben ist sie, die Entlastungsstrasse für den morgigen an die Arbeit führenden und am Abend heimkommenden Berufs- und Durchgangsverkehr. Bei dieser Situation fragt sich Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion schon öfters, wie lange es noch gehen muss bis der Kanton zusammen mit Kriens eine Machbarkeit von einer Umfahrung oder Untertunnelung prüfen will. Denn schliesslich sind Umfahrungen von Dorfkernen mit zunehmendem Durchgangsverkehr schon lange nichts neues. Viktor Bienz denkt auch an den Ausbau vom Renggloch und was Kriens da noch erwartet. Bei der zunehmenden Bevölkerung glaubt Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion nicht an wesentlich weniger Autos- und Werkverkehr. Hingegen sei der zunehmende Veloverkehr eine tatsächliche Zeiterscheinung und muss anerkannt werden. Für Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion ist es nicht der richtige Zeitpunkt für die Forderung des Postulanten. Sie warten auf den Gegenvorschlag der Veloinitiative und wollen keine Hauruck Übung veranstalten.

Reto Felber bedankt sich im Namen der SP-Fraktion bei dem Postulanten für die Einreichung des Vorstosses. Die Einforderung einer Reduktion auf Tempo 30 erachtet die SP-Fraktion als äusserst wichtig um die Sicherheit auf der Schachen- Amlehnstrasse für alle Verkehrsteilnehmende verbessern zu können. Hier einige Fakten anstatt Ängste und Emotionen. Fakt ist, zu den Hauptverkehrszeiten ist infolge des Verkehrsaufkommens so oder so die mögliche Geschwindigkeit heruntergesetzt. Fakt ist, die Schachen- Amlehnstrasse weist eine durchschnittlich 25-prozentige Quote an Ausweichverkehr auf. Fakt ist noch, die Schachen- Amlehnstrasse ist eine Quartierstrasse und als diese ist sie auch zu behandeln. Fakt ist zu guter Letzt noch, das geometrische Normalprofil auf der Strasse ist mit 6.00m zu schmal für die vorhandene Geschwindigkeit von Tempo 40. Es wird der Begegnungsfall PW/PW abgedeckt aber das auf Kosten der Velofahrenden, für die ist der Platz nicht mehr vorhanden und es wird für Sie eng, sogar sehr eng und es knallt wieder einmal mehr, wie schon einige Male in den letzten Jahren. Dabei wäre es doch gerade wichtig die Velofahrenden zu schützen. Das sind teilweise Kinder und Jugendliche, die von der Schule oder einer Freizeitaktivität nach Hause gehen. Es wurde an der letzten Sitzung schon mal gesagt und auch heute sagt es Reto Felber noch einmal. Die Schachen- Amlehnstrasse ist eine wichtige Veloschnellroute auf dem Stadtgebiet. Diese Schnellroute attraktiver zu gestalten kann dazu führen, dass mehr Krienserinnen und Krienser das Velo anstatt das Auto nehmen würden. Dies würde den täglichen Durchfahrtsverkehr auf der Luzernerstrasse erheblichen reduzieren und die Leute, die nun wirklich mit dem Auto zur Arbeit zum Einkaufen zu was auch immer fahren müssen, profitieren von weniger Stau und sind schneller und mit weniger Gefluce am anderen Ende der Stadt. Die SVP-Fraktion kommt nun wieder mal mit Ihrem Mantra, das die Schachen-Amlehnstrasse eine ausserordentliche Bedeutung hat und kommt mit zwei Beispiel, wo die Strasse gesperrt wurde. Habe Reto Felber was falsch gelesen? Es geht doch um eine Temporeduktion nicht um eine schliessen der Strasse für den motorisieren Individualverkehr. Die Temporeduktion um 10km/h verringert den Reaktions- und den Bremsweg was die Wahrscheinlichkeit eines Auffahrumfalls stark reduziert. Zudem steigt nachweislich die Strassenkapazität. Nun fragt sich welche Massnahme der richtige Schritt in die richtige Richtung bringt. Zone 30? Oder Tempo 30-reduziert ohne Rechtsvortritt, mit oder ohne Trottoirüberfahrten und mit Fussgängerstreifen markiert und geschildert? Genau diese Massnahme wurde zum Beispiel an der Tauben- und Bruchstrasse in der Stadt Luzern erfolgreich umgesetzt. Genau das wäre der Prüfauftrag an die Stadtverwaltung. Die SP-Fraktion ist für die Überweisung

des Prüfungsauftrags. Die SP-Fraktion erhofft sich eine Verbesserung der Situation mit einer Tempo 30 reduzierten Verkehrsachse Schachen-Amlehnstrasse und werden wachsam bleiben.

Peter Stofer stellt fest, dass es sehr interessant wird, wenn 30 Verkersexpertinnen und Verkehrsexperten an einem Tisch miteinander diskutieren. Die Diskussion ging bis nach Zürich und sogar das Lädelerben musste hinhalten. In diesem Postulat geht es jedoch nur um eine Temporeduktion von 10 Kilometer pro Stunde auf der Schachen- Amlehnstrasse.

Beda Lengwiler hält nochmal fest, dass Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion das Postulat ablehnen wird, da es einfach zum falschen Zeitpunkt kommt. Der Stadtrat soll lieber eine richtige Lösung erarbeiten, als dass ihm eine kurze Übergangslösung aufgezwungen wird.

Gemäss Reto Felber geht es im Postulat um eine Temporeduktion auf Tempo 30. Ob dies mit Zone 30 oder Tempo 30-reduziert angestrebt wird, sei genau der geforderte Prüfauftrag.

Tomas Kobi versteht die Argumentation nicht, dass dadurch zu viele Kosten verursacht werden. Es braucht lediglich vorne und hinten eine 30-er Tafel.

Viktor Bienz fragt sich, ob die Temporeduktion überhaupt im Sinne der Velofahrer ist. Viele wollen bestimmt auch mit dem Velo schneller als 30 fahren.

Laut Michael Portmann hat Kriens ein Problem mit dem Durchgansverkehr. Es gehen nichtmehr wie früher alle direkt aus dem Haus an die Arbeit. Viele Wohnen und Arbeiten nicht mehr in der selben Gemeinde. Er sei viel über die Allmend in die Kuonimatt gefahren und da gab es immer sehr viel Berufsverkehr von Ob- und Nidwalden. Auf der Schachenstrasse sind es sehr viele aus Malters und noch weiter. Er fragt sich, weshalb die Quartierstrasse überhaupt als Umfahrungstrasse anerkannt wird.

Maurus Frey dankt dem Einwohnerrat für die intensive Diskussion. Es sei richtig, dass es für eine Temporeduktion eine Tafel vorne und hinten braucht, jedoch braucht es Insbesondere eine Mehrheit, welche dem Wechsel zustimmt. Der Stadtrat stellt fest, dass auf der Schachen- Amlehnstrasse eine problematische Situation vorhanden ist und auch der Einwohnerrat sieht Potential für Verbesserungen. Wie diese Verbesserungen aussehen, wird vom Stadtrat zusammen mit dem Einwohnerrat bestimmen. Der Stadtrat möchte einen Variantenfächer erarbeiten und dieser mit dem vom Kanton abstimmen. Danach soll der Einwohnerrat im Rahmen von einem Planungsbericht darüber abstimmen können. Maurus Frey hat noch eine Bemerkung zu den Voten. Es wurde gesagt, dass ansonsten mit Überprüfungen und Studien geprüft werde und hier nicht. Diese Studie wurde geplant, jedoch konnte der Stadtrat mit diesem Planungskredit keine Mehrheit finden. Die Lösung fehlt deshalb noch. Die Strasse ist für Kriens und auch die Einwohnerratsmitglieder sehr wichtig und deshalb versteht Maurus Frey auch die emotionale Diskussion im Einwohnerrat. Dem Stadtrat sei bewusst, dass eine Lösung gefunden werden muss, jedoch mit einer Einzelmassnahme vorzupreschen, sieht der Stadtrat nicht als zielführend.

Abstimmung

<u>Akermann Michèle</u>	<u>Ablehnung</u>
<u>Albrecht Michèle</u>	<u>Ablehnung</u>
<u>Amrhein Bruno</u>	<u>Überweisung</u>

Bienz Viktor	Ablehnung
Bucher Zita	Überweisung
Durrer Ivo	Ablehnung
Erni Matthias	Ablehnung
Felber Reto	Überweisung
Gomer-Beacco Bettina	Überweisung
Gut Kathrin	Überweisung
Klein Fabian	Ablehnung
Kobi Tomas	Überweisung
Koch Patrick	Ablehnung
Lengwiler Beda	Ablehnung
Lisibach Armin	Ablehnung
Meier Marco	Ablehnung
Meyer Pascal	Überweisung
Niederberger Raoul	Überweisung
Piras Davide	Ablehnung
Portmann Michael	Überweisung
Rüegg Beat	Ablehnung
Seger Cedric	Überweisung
Solari Simon	Überweisung
Stofer Peter	Überweisung
Tanner Beat	Ablehnung
Vonesch Andreas	Ablehnung
Zellweger Martin	Ablehnung
Ziemssen Jörg	Ablehnung
Zosso Cyrill	Überweisung

Das Postulat wird mit 16:13 Stimmen abgelehnt

8. Postulat Amrhein Aktienverkauf

Simon Solari opponiert gegen das Vorhaben, Aktien der Pilatus Bahnen zu verkaufen, weil es nichts bringt und aus seiner Sicht der falsche Weg ist. Obwohl der Pilatus nicht vollumfänglich zu Kriens gehört, stellt er trotzdem mit seiner dazugehörigen Bahn ein Teil der Stadt dar. Wieder soll ein Stück Heimat erkaufte oder besser gesagt verramscht werden, um den selbstverschuldeten Schuldenberg zu verkleinern. Was sowieso im Falle der Pilatusbahnen ein Tropfen auf den heissen Stein ist, da der Stadtrat nur gewillt ist, einen Teil der Aktien zu veräussern und nicht das gesamte Paket. Durch den angestrebten Verkauf werden die Pilatusbahnen wohl auch nicht mehr so positiv gestimmt sein gegenüber der Stadt Kriens und wohlgesonnen handeln, was eine Zusammenarbeit deutlich erschwert. Wenn die Stadt Kriens jetzt wirklich schon so weit ist, heimatverbundene Kulturgüter zu verhöckern, könne als nächstes die Sonnenbergbahn verkauft werden.

Gemäss Bruno Amrhein besitzt die Stadt Kriens 400 Aktien der Pilatus Bahnen im Wert von Fr. 1'070'000 (Jahresbericht Kriens 2021), aktueller Kurs Fr. 2'700.00 pro Aktie. Beim Verkauf sämtlicher Aktien könnte über eine Million für den Schuldenabbau eingesetzt werden. Es ist nicht Aufgabe der Stadt, Aktien einer privaten Tourismusunternehmung zu halten. Dies war in den 50er Jahren bei der Kapitalbeschaffung für den Bau der Kriensereggbahn sinnvoll, im Jahr 2022 aber nicht mehr. Der Stadtrat soll deshalb den Verkauf dieser Aktien prüfen. Vergleich Rendite mit Kapitalkosten (Zinskosten für 1 Million Franken Schulden). Dividende im Schnitt pro Jahr Fr 30.00 und 1,1 % Rendite im Wert von Fr. 12'000.00 für 400 Aktien zu Fr. 2'700.00. Zinsaufwand für Fremdkapital aktuell im Schnitt 1,41

% Gemäss Jahresbericht Stadt Kriens 2021 Seite 21. Ergibt Fr. 14'100.00 Zins für eine Million Franken. Die Zinskosten für 1 Million Fremdkapital sind höher als die Aktiendividenden. Der Aufwand für die Schuldzinsen bei 1.41 % war in den letzten sechs Jahren stets höher als der Ertrag aus Dividenden. Gemäss Finanzprognosen werden die Zinssätze für Fremdkapital die nächsten Jahre auf 2-2,5 % ansteigen. Dies ergibt dann Zinskosten von Fr. 20'000.00 – Fr. 25'000.00 für 1 Million Franken. Die Dividende 2022 wird 0 betragen, wegen noch nicht zurückbezahlter Covidkredite. Fazit: Die letzten 5 Jahre war der Zinsaufwand für 1 Million Franken Schulden grösser als der Ertrag aus Dividenden der Aktien. Bei steigendem Zinsniveau werden die Zinskosten für Schulden die Dividenerträge noch weiter übertreffen. Der Aktienverkauf oder eines grossen Teils davon für den Schuldenabbau soll deshalb geprüft werden.

Laut Martin Zellweger unterstützt die SVP-Fraktion die Überweisung des Postulats. Selbstverständlich soll der Stadtrat jederzeit gut prüfen, inwiefern dieses Finanzvermögen richtig angelegt ist, oder ob hier eine Umschichtung sinnvoll ist. Wenn der Stadtrat das regelmässig macht, kann er den Bericht oder Plan aus der Schublade nehmen. Wenn nicht, dann ist es höchste Zeit dies für alle wesentlichen Teile des Finanzvermögens zu überprüfen. Die SVP-Fraktion ist gespannt auf den Bericht.

Jörg Ziemssen bedankt sich im Namen der FDP-Fraktion beim Stadtrat für die Beantwortung und beim Postulanten für die Idee dieses Postulates. Zuerst wollte der Postulant mit dem Verkauf von 75 Aktien die Lohnerhöhung finanzieren. Dank einer Aktualisierung des Postulanten möchten die Grünliberalen den hohen Schuldenberg bei der Stadt Kriens reduzieren. Die FDP-Fraktion hat Freude, wenn die Schulden nicht weiter ansteigen sollen. Jeder kann sich selber eine Meinung über die effektive Wirkung aus diesem Aktienverkaufsvorschlag bilden. Der Einwohnerrat spricht hier über eine Reduktion von knapp 1 Million Franken beziehungsweise von ca. 0,5 % der gesamten Krienser Verbindlichkeiten. Die FDP-Fraktion habe dieses Postulat intern intensivst diskutiert. Die FDP ist aus heutiger Sicht gegen einen Verkauf von allen 400 Aktien. Die Fraktion könnte sich aber einen teilweisen Verkauf von Aktien der Pilatus-Bahnen AG vorstellen. Die Stadt Kriens sollte als Partner von den Pilatus-Bahnen AG einen strategisch sinnvollen Aktienanteil behalten. Bei der Beurteilung dieses möglichen Verkaufsauftrages möchten sie den Stadtrat noch auf folgende Punkte aufmerksam machen. Derzeit werden keine Dividenden ausgerichtet. Jörg Ziemssen gehe davon aus, dass eine Dividende ab dem Jahre 2024 wieder ausbezahlt werden könnte. Diese Aktien sind zwar kotiert aber nur an der Berner Nebenbörse. Ein aktiver Handel dieser Aktien findet nicht statt. Die Analysen von Jörg Ziemssen aus den erfolgten Transaktionen in den vergangenen 10 Jahren sieht wie folgt aus. Pro Jahr wurden total im Jahresschnitt nicht ganz 300 Aktien verkauft. Wenn Kriens so viele Aktien verkaufen will und der Markt kein Bedarf an Käufern hat wird es unweigerlich zu einem Kurssturz kommen. Wenn Aktien gekauft oder verkauft wurden war das durchschnittliche Handelsvolumen 5 Stück pro Transaktion und es fand im Durchschnitt höchstens 1 Transaktion pro Woche statt. Der Stadtrat müsste einen Mindestverkaufspreis (z.B. CHF 2'750) festlegen. Mit den Verantwortlichen der Pilatus-Bahnen AG soll das Gespräch gesucht werden, ob sie interessierte Investoren vermitteln können und damit ein Privatverkauf ohne grosse Kosten möglich ist. Vorsicht bei den Transaktions- und Abwicklungskosten; ohne eine klare Vereinbarung mit einem Finanzinstitut beim Verkauf der Aktien könnten diese Kosten sehr hoch ausfallen (eine Möglichkeit wäre ein Fill or Kill Auftrag). Der steuerliche Sitz ist in Alpnachstad; Die FDP-Fraktion würde es noch interessieren, wie die Steuerauscheidung dieser Unternehmung für Kriens läuft (z.B. Basis Fahrleitungsmeter oder Mitarbeiterzahl?) und diese für Kriens noch stimmig ist. Wenn es der Krienser Grünliberalen Partei ernst ist den Schuldenberg nicht weiter ansteigen zu lassen, dann freue sich Jörg Ziemssen über ihre Zustimmung zu der Initiative der FDP für nachhaltige und gesunde Finanzen, welche mit sehr grosser Zustimmung zustande gekommen ist. Bei einer Überweisung dieses Postulats ist die FDP-Fraktion gespannt auf den Bericht des Stadtrates, um danach das weitere Vorgehen zu bestimmen. Dies bitte unter Berücksichtigung der Transaktionskosten.

Laut Andreas Vonesch steht es mit den Krienser Finanzen im Argen. Die Schuldenlast drückt. Die Zinsen auf Darlehen steigen. Die Einnahmenseite entwickelt sich nicht wie gewünscht. So ist es nicht weiter verwunderlich, dass überall nach Möglichkeiten gesucht wird, die Finanzlast zu reduzieren. Fündig geworden ist man nun beim Aktienpakt der Pilatusbahnen von rund 1 Million Franken. Das sieht der Postulant so, wo den Verkauf aller Aktien fordert, aber auch der Stadtrat selber, welcher zumindest einen Teilverkauf gemäss Begründung schon fast beschlossen hat. Eine interessante Idee, durchaus prüfenswert, findet die Mitte/Junge Mitte-Fraktion ebenfalls. Trotzdem werden sie der Überweisung opponieren. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion opponiert heute, weil sie der Meinung sind, dass es der falsche Zeitpunkt für einen Aktienverkauf ist. Zum einen sind die Aktien heute mit Fr. 2'700.00 pro Aktie auf einem tiefen Stand. Vor der Pandemie sind sie noch für Fr. 3'100.00 gehandelt worden. Die Pilatusbahnen haben schwierige Zeiten hinter sich. Sie müssen sich erholen und finanziell stabil werden. Dann werden auch die Aktienwerte steigen und wieder eine schöne Dividende abwerfen, die dann zur Deckung von Schuldzinsen verwendet werden können. Also einmaliger Verkauf versus jährlicher Einnahmen. Das halten eines Aktienkapitals heisst auch Einfluss haben. Die Mitte/Junge Mitte-Fraktion ist der Ansicht, dass es durchaus Sinn macht, dass die Stadt Aktien einer so wichtigen Unternehmung hält. Somit behält Kriens ein Mitspracherecht und kann ihre Interessen wahren. Gut überlegt werden muss auch, was der Verkauf eines grossen Aktienpakets alles auslöst. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion ist der Ansicht, dass bei einer späteren allfälligen Abstossung von Aktien mindestens 30 % im Besitz der Stadt verbleiben sollen. Zum heutigen Zeitpunkt sagt Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion nein, in der Zukunft zeigen sie sich offen.

Michael Portmann dankt Jörg Ziemsen für den interessanten Einblick in die banktechnischen Aspekte dieses Aktienverkaufs. Zur Erinnerung: Die Stadt Kriens hat auch in den beiden Krisenjahren 2020 und 2021 insgesamt 10 Millionen Schulden abgebaut. Für die SP Kriens ist klar, dass diese einmalige Verkaufsaktion die Krienser Stadtfinanzen nicht retten wird. Gleichzeitig muss den Einwohnerratsmitgliedern auch bewusst sein, was das für ein Signal nach aussen ist, wenn der Stadtrat aus rein finanziellen Gründen seine Aktien bei den Pilatusbahnen abstösst. Drei Punkte sind anzumerken. Die Pilatusbahn ist die profitabelste Bergbahn und Bergevent-Firma in der gesamten Schweiz. Eine lohnendere Aktie wird sich wohl nur schwer finden lassen. Die Stadt Kriens bewirtschaftet einen grossen Teil des Krienser Hochwaldes zusammen mit dem grössten Nutzer, den Pilatusbahnen. Schlittelpiste, Bike-Trails, Wanderwege, sind Angebote, welche auch das Image der Stadt Kriens am Fusse des Pilatus mitprägen. Wenn Kriens dann noch den Hochwald für Wärmeverbünde als Energiequelle nutzen will, dann müssen gute Kontakte gepflegt werden, weil die Holzerei ebenfalls Platz brauchen wird. Gute Kontakte, welche als Aktionärin natürlicherweise entstehen. Wird nur ein Teil der Aktien verkauft, wird Kriens an «Gewicht» bei der Mitsprache verlieren. Werden die Aktien ganz verkauft, dann wird der Kontakt auf anderem Weg und viel aufwendiger neu eingerichtet werden müssen. Das erachtet die SP-Fraktion ebenfalls nicht als sinnvoll. Wer in der Krienser Politik hat sich schon überlegt, welche Wirkung nach aussen es hat, wenn die Stadt Kriens ihren Kontakt zu Partnerorganisationen wie den Pilatusbahnen aus rein finanziellen Gründen derart abbricht? Wieviel Vertrauen dürfen Partnerorganisationen aktuell noch zur Stadt Kriens haben, wenn überall nur noch knallhart finanziell abgerechnet wird? Und kann sich die Stadt Kriens einen solchen Image-Schaden überhaupt noch leisten? Deshalb ist die SP-Fraktion gegen eine Überweisung dieses Postulats.

Für Reto Felber ist der Pilatus der Krienser Hausberg und einer der wichtigsten Naherholungsgebiete in der Region. Vielen Leuten, unter Ihnen einigen Krienserinnen und Krienser ist der Berg ans Herz gewachsen und sie fahren gerne mit den Pilatus Bahnen von der Krienser Talstation über die Krienseregg auf die Fräkmüntegg und noch weiter bis auf Pilatus Kulm zum Entspanne, Wandern, Biken, Klettern und andere Aktivitäten. Ein Verkauf von Aktien und seien es nur ein paar wenige, würde ein Signal des Desinteresses über die operative Führung der Pilatus Bahnen AG aufzeigen. So nach dem Motto; Hauptsache, die Stadt bekommt einen einmaligen, nicht wiederholten Betrag aus dem Verkauf des Aktienpakets, nur um die Schulden marginal senken zu können. Aber es ist egal, ob die Unterneh-

mensführung zukunftsgerichtet und z.B. ökologisch agiert. Aber es ist egal, ob die Unternehmensführung Touristengruppen bevorzugen würde und allfällig Krienserinnen und Krienser das Nachsehen hätten. Reto Felber ist das nicht egal und aus diesem Grund kann er diesem Postulat so rein gar nichts abgewinnen und lehnt die Überweisung ab.

Bruno Amrhein versteht, dass der Pilatus etwas emotionales ist. Wenn es jedoch die Argumentation ist, dass man für eine gute Beziehung zu den Krienser Firmen Aktien dieser Firmen kaufen muss. Dann müsste die Stadt Kriens von jeglichen Krienser Firmen Aktien kaufen um gute Beziehungen zu pflegen.

Patrick Koch wird dem Postulat zustimmen, denn es geht nur um eine Überprüfung vom Verkauf.

Simon Solari möchte, dass sich die Einwohnerratsmitglieder bewusst sind, dass wenn die Aktien einmal verkauft sind, sind sie weg.

Roger Erni nennt dem Einwohnerrat einen Grund, weshalb er Stadtrat wurde. Die Stadtratsmitglieder erhalten eine Jahreskarte von den Pilatus-Bahnen. Godi Koch hat jedoch nun geschrieben, dass die Karte am 1. Januar 2023 nichtmehr ausgeteilt wird. Einiges was in dieser Diskussion erzählt und erwähnt wurde sei sehr interessant. Die Aktien von der Pilatus-Bahnen sind Finanzvermögen der Stadt Kriens. Der Stadtrat kann in Eigenkompetenz so viel verkaufen und kaufen wie er möchte. Der Stadtrat kann also ein Verkauf der Aktien auch prüfen, ohne dass dieses Postulat überwiesen wird. Trotzdem sei der Stadtrat gespannt auf die Abstimmung.

Abstimmung

Akermann Michèle	Überweisung
Albrecht Michèle	Ablehnung
Amrhein Bruno	Überweisung
Bienz Viktor	Ablehnung
Bucher Zita	Überweisung
Durrer Ivo	Ablehnung
Erni Matthias	Ablehnung
Felber Reto	Ablehnung
Gomer-Beacco Bettina	Ablehnung
Gut Kathrin	Ablehnung
Klein Fabian	Überweisung
Kobi Tomas	Überweisung
Koch Patrick	Überweisung
Lengwiler Beda	Ablehnung
Lisibach Armin	Ablehnung
Meier Marco	Ablehnung
Meyer Pascal	Überweisung
Niederberger Raoul	Überweisung
Piras Davide	Ablehnung
Portmann Michael	Ablehnung
Rüegg Beat	Überweisung
Seger Cedric	Ablehnung
Solari Simon	Ablehnung

Stofer Peter	Ablehnung
Tanner Beat	Enthaltung
Vonesch Andreas	Ablehnung
Zellweger Martin	Überweisung
Ziemssen Jörg	Enthaltung
Zosso Cyrill	Enthaltung

Das Postulat wird mit 16:10 Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

9. **Beantwortung Interpellation Zosso: Wird Kriens unter Druck gesetzt oder diskutieren wir auf Augenhöhe?**

Cyrill Zosso dankt dem Stadtrat für die pflichtbewusste Beantwortung der gestellten Fragen. Soweit habe die Grüne/glp-Fraktion an der Antwort nicht viel auszusetzen, alle bereits bekannten Schritte werden aufgelistet. Leider zerstreut die vorliegende Antwort die Bedenken nicht, dass man sich als Stadt Kriens hier zwar auf eine paritätisch bezahlte Planung eingelassen hat, sich damit aber einen Maulkorb verpasst hat. Die Antwort ist auf das absolut minimale Pflichtprogramm begrenzt, man erhält keinen Eindruck zur allgemeinen Stimmung. Die Stadt Kriens erscheint in der Antwort wie der schüchterne Schulknabe/-mädchen, der/die vor den Lehrern ja nichts Falsches sagen möchte. Vielleicht täuscht das Empfinden. Auch ist nicht wirklich erkennbar, ob der Stadtrat das Parlament als Partner bei dieser Thematik wahrnimmt, obwohl wir hier ein gemeinsames grosses Anliegen verfolgen. Jedenfalls sind wir gespannt auf den ersten Echoraum, wie die Resultate präsentiert und ausgelegt werden und wie die Interessen der Stadt Kriens vertreten werden. Dadurch erhält die Grüne/glp-Fraktion sicher ein besseres Gefühl, wo die Arbeiten stehen. Somit dankt die Grüne/glp-Fraktion dem Stadtrat für die Antwort und die Arbeit, welche in dieses Dossier gesteckt wird.

Für Martin Zellweger und die SVP-Fraktion ist das Projekt Bypass eines der wichtigsten aktuellen Unterfangen mit Wirkung auf Kriens. Kriens will mit der Bypass-Umsetzung zugleich eine Stadtreparatur erlangen. Die Verbrechen der Zweiteilung einer Stadt durch die Führung einer ungedeckten Autobahn durch ein dicht besiedeltes Gebiet mit grösstem Entwicklungspotential, diese Fehlentwicklung muss korrigiert werden. Das ist nicht Schweiz-würdig. Da sind sich ja alle einig. Für Kriens darf nur die Lösung einer gesamten Überdachung resultieren. Es gibt für Kriens vier wichtige Aspekte die zu betrachten sind: Der finanzielle Aspekt. Die Finanzen von Kriens dürfen kein Hindernis sein die richtige Lösung umzusetzen. Die von Kriens geforderte Lösung ist in der jetzigen Phase in den Vordergrund zu stellen. Das Projekt darf nicht vom Bypass-Bau losgelöst werden. Die Gefahr ist zu gross, dass der Druck auf alle nicht-Krienser-Beteiligten abnimmt, das Ganze auf die lange Bank geschoben wird, oder Kriens mit Pflästerchen-Teiletappen abgespeist wird. Punkt 3 sind die verkehrstechnischen Auswirkungen des Bypasses auf die Stadt, nämlich dem Mehrverkehr durch Kriens in beide Richtungen, aber auch Mehrverkehr aus Kriens in Richtung Luzern. Dies muss auch jetzt adressiert und berücksichtigt werden. Es müssen Massnahmen getroffen werden, welche die sehr lange Bauzeit für Kriens erträglich gestalten. Es kann nicht ein Zustand bleiben, dass die wichtigste Nord-Süd-Verbindung der Schweiz von Hergiswil her über Horw überdacht geführt wird und ausgerechnet im dichten Siedlungsraum der Stadt resp. Entwicklungsschwerpunkt der Region offen gelegt ist. Dieser Ansatz stammt aus dem letzten Jahrhundert. Kriens trifft jetzt Entscheide für die nächsten 100 Jahre. Zurzeit arbeiten die beteiligten Parteien im Rahmen der Testplanung an einer gemeinsamen Lösung. Da ist es natürlich absolut richtig und wichtig, dass der Einwohnerrat und die Bevölkerung umfassend und gut informiert werden. Die SVP-Fraktion wünscht sich, dass sie transparent und laufend aktuell informiert werden. Insbesondere dann, wenn sich abzeichnet, dass von den Zielsetzungen abgewichen wird. Es hat im November ein erster Workshop stattgefunden. Es gibt im März einen ersten Blick in die Werkstatt. Die SVP geht

davon aus, dass sich die Arbeiten noch voll nach ihren Zielen richten, ansonsten würden die SVP eine Vorinformation erwarten, um nicht im März überrascht zu werden. Danach im 2. Quartal 23 ist gemäss Plan bereits eine Schlussveranstaltung mit Bearbeitungsteams und Begleitgremium vorgesehen. Eine öffentliche Ausstellung findet dann erst Ende Jahr statt. Die Zeiten dazwischen sind lang und die SVP-Fraktion erwartet auch dann Transparenz. Nochmals, sobald Erkenntnisse andeuten, dass von den Zielsetzungen abgewichen wird, müssen Kriens reagieren können. Die SVP erwartet vom Stadtrat, dass er den Einwohnerrat über die politischen Wege transparent und zeitig zu informiert, sollte sich eine solche Entwicklung andeuten. Martin Zellweger liest dem Einwohnerrat einen Text vor. Es ist die Einleitung der aktuellen Website <https://gotthardtunnel.ch/die-region/umgestaltung-airolo>: *«Die Gemeinde Airolo im Süden des Gotthards leidet heute unter dem starken Verkehr. Die Verkehrsführung stammt aus den 1970er-Jahren und eignet sich nicht mehr für die heutige Situation der Gemeinde. Kleinere Umgestaltungen und Erneuerungen in den letzten 50 Jahren haben daran nur wenig ändern können. Der Bau der zweiten Röhre bietet eine einmalige Chance, das Verkehrssystem dem neusten Stand der Technik anzupassen. Dafür nutzt das ASTRA 1,9 Millionen Tonnen des Ausbruchsmaterial und gestaltet eine neue Überdeckung in Airolo. Die Gemeinde in der Leventina erhält dadurch ein neues Gesicht und wird zu neuem Leben erwachen.»* Am interessantesten ist der Satz weiter unten auf der Seite: *«Kosten tragen je zur Hälfte das ASTRA und der Kanton Tessin.»* Martin Zellweger liest den Text jetzt nochmals vor: *«Die Stadt Kriens, letzte Schweizer Stadt vor dem Gotthard an der Zentraleuropäischen Nord-Südachse leidet heute unter dem starken Verkehr. Die Verkehrsführung stammt aus den 1960er-Jahren und eignet sich nicht mehr für die heutige Situation eines Zentrums mit Entwicklungsschwerpunkt. Veränderungen in den letzten 60 Jahren haben daran nur wenig ändern können. Der Bau des Luzerner Bypass bietet eine einmalige Chance, das Verkehrssystem dem neusten Stand der Technik anzupassen. Dafür nutzt das ASTRA Millionen Tonnen des Ausbruchsmaterial und gestaltet eine neue Überdeckung in Kriens. Die Stadt in der Zentralschweiz erhält dadurch ein neues Gesicht und wird zu neuem Leben erwachen. Anmerkung des Autors: Einwohnerzahl Kriens 31. Dezember 2020: 28'245; Einwohnerzahl Airolo 31. Dezember 2020: 1'476. Und dann fehlt da noch der Satz: Kosten tragen je zur Hälfte das ASTRA und der Kanton Luzern.»* Martin Zellweger teilt dem Stadtrat mit, dass der Auftrag somit klar sei.

Matthias Erni dankt dem Komitee BypassPLUS im Namen der FDP-Fraktion für den Vorstoss sowie dem Interpellanten für die Einreichung. Wie der Beantwortung zu entnehmen ist, kann und will sich der Stadtrat nicht wirklich dazu äussern. Der Stadtrat verweist auf Webseiten und Medienmitteilungen. Matthias Erni glaubt die Einwohnerratsmitglieder kennen diese Informationen bereits bestens und sind aus der Beantwortung nicht reicher an Wissen geworden. Mitsprache wird der Einwohnerrat erst haben, wenn es um die Finanzen geht. Oder anders gesagt, erst wenn es das Gesetz vorschreibt. Dass der Bypass aber ein sehr kontrovers diskutiertes Projekt ist, kann man nicht bestreiten. Insofern findet die FDP-Fraktion es wichtig, den Einwohnerrat proaktiv und transparent zu informieren. Es ist aus verhandlungstaktischen Gründen verständlich, dass nicht alle Informationen an die Bevölkerung gelangen. Doch wofür hat Kriens das Parlament und die Kommissionen? Im Interessen von einer tragbaren Lösung ist diese Mitwirkung nötig, um Mehrheiten zu schaffen. Offenbar bleibt dem Einwohnerrat jedoch nichts anderes als abzuwarten und auf eine transparente Kommunikation von der Stadtpräsidentin zu hoffen. Insofern ist die FDP-Fraktion auf die Veranstaltung am 4. März gespannt und freut sich auf eine siedlungsverträgliche und zugleich realistische Lösung beim Autobahnprojekt Bypass.

Michèle Albrecht sich im Namen der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion beim Stadtrat und dem zuständigen Präsidialdepartement für die Beantwortung. Als Mitunterzeichnerin der Interpellation und Co-Präsidentin des Komitees BypassPLUS habe Michèle Albrecht diese politisch korrekten Antworten in dieser Form erwartet; die diplomatische Zurückhaltung zum jetzigen Zeitpunkt sei verständlich. Aber in dieser Rolle zitiert Michèle Albrecht auch gerne noch einmal den ursprünglich auf der Website «Vision Chance Bypass» kommunizierte Auftrag: *«Der Krienser Einwohnerrat hat dem Stadtrat den Auftrag erteilt, sich für weitere Projektverbesserungen des Bypass stark zu machen. Über alle Parteigrenzen hin-*

weg hat das Stadtparlament beschlossen, Ressourcen bereit zu stellen, um diese Projektverbesserungen konkret an die Hand zu nehmen.» Diesen Auftrag hat der Stadtrat bis anhin auch ernst genommen und konnte in einem ersten wichtigen Schritt, die Absichtserklärung für das gemeinsame Vorgehen beziehungsweise die Testplanung bewirken. Am Anlass «Blick in die Werkstatt» vom 4. März 2023 gewähren die drei Bearbeitungsteams einen Einblick in den Zwischenstand der Arbeiten und stellen sich den Fragen der Besucher/-innen und nehmen Anregungen entgegen (Echoraum). Im Namen des Komitees BypassPLUS, Parlamentarier/innen und der Bürgerinnen und Bürger von Kriens und der Region bittet Michèle Albrecht den Stadtrat bereits weiterhin vehement, überparteilich und konsequent dieses Anliegen anzupacken und zu vertreten. Es geht um die einmalige Chance diese alte städtebauliche Wunde zu schliessen. Michèle Albrecht fordert ihre Kolleginnen und Kollegen auf jetzt nicht einzuknicken, sondern weiterhin für die Vision Chance Bypass einzustehen. Für eine möglichst komplette Überdachung und eine attraktive Region.

Christine Kaufmann-Wolf erklärt, dass bei einer guten Planung von einem Projekt stets auf die zeit- und adressatengerechte Kommunikation geachtet wird. Bei der Testplanung Bypass wurde dies in der Absichtserklärung beim Punkt neun zwischen den Partnern geregelt. Die Kommunikation erfolgt partnerschaftlich und nach gegenseitiger Absprache. In einer Kommunikationsgruppe sind alle Beteiligten gleichberechtigt vertreten. Der Lead in der Kommunikation liegt beim Kanton Luzern. Es gilt also das one-voice-Prinzip. Die Steuerungsgruppe vertritt den Prozess nach innen und aussen. Dies sei sehr wichtig, denn sonst gibt es unterschiedliche Infos. Als verlässlicher Partner hält sich die Stadt Kriens an die Vereinbarung, weil ungleiche Informationen dem Projekt schaden. Verlässlich heisst jedoch nicht unterwürfig, sondern auf gleicher Augenhöhe. Christine Kaufmann-Wolf stellt fest, dass viele Leute denken, sie können über das Projekt abstimmen, jedoch kann erst abgestimmt werden, wenn der Preis bekannt ist. Die Stadt Kriens kann natürlich sagen, dass sie es nicht bezahlt. Dann besteht einfach die Frage, wer es denn sonst bezahlt? Der Bund ist aktuell nur bereit 50 % zu übernehmen. Die Stadtpräsidentin bittet die Einwohnerratsmitglieder um Verständnis, dass man nicht mit jedem kleinen Punkt an die Öffentlichkeit kommen kann. In den nächsten Wochen wird erneut über den aktuellen Stand informiert. Die Stadt Kriens ist weiterhin voller Zuversicht.

Das Traktandum ist somit erledigt.

10. Beantwortung Interpellation Zosso: Auswirkungen der AFR18 auf die Finanzen der Stadt Kriens

Cyrill Zosso dankt dem Stadtrat für die detaillierte Aufstellung der Zahlen und die Beantwortung der Fragen. Obwohl die Situation um den AFR18 mit diesen Zahlen nicht abschliessend beurteilt werden kann, geben sie dennoch einen ersten Eindruck. Bisher sehen die Zahlen für Kriens nicht gut aus. Im Vergleich zu der Versprochenen Entlastung um ungefähr 1 Million Franken steht Kriens mit einer Belastung des Budgets um mehr als 1 Million Franken da, welche Kriens wieder irgendwie wegdrücken musste. Von zügelloser Ausgabenpolitik kann nicht die Rede sein. Das Krienser Budget wird extern torpediert. Ob sich das Bild in Zukunft noch aufhellen wird, werde die Zukunft zeigen. Dies liegt an den beiden grossen Unbekannten Wasserbau und Mehrwertabschöpfung. Vielleicht kann der Stadtrat einen Hinweis geben, ob der Kanton seine Verantwortung im Wasserbau zu übernehmen gedenkt? Sind bereits Projekte in Planung? Gekonnt mogelte die Kantonale Regierung noch die Mehrerträge in die AFR18 ein. Dies obwohl das neue, nationale Vorgegebene Einnahmen waren (Revision RPG), die in dieser Umverteilung eigentlich nichts verloren hätten. Somit scheint der Grünen/glp-Fraktion fragwürdig, ob diese Einnahmen wirklich dazugezählt werden können. Die Grüne/glp-Fraktion dankt dem Stadtrat, dass er bei dieser Thematik genau hinschaut und weiterhin die Interessen der Stadt Kriens gegenüber dem Kanton vertritt. Wie bereits besprochen auch im Hinblick auf die «Änderung des Steuergesetzes» seitens des Kantons. Die Grüne/glp-Fraktion ist gespannt, wie die kantonale Auswertung der AFR18 ausfallen wird.

Martin Zellweger dankt dem Interpellanten für die Fragestellungen zum AFR18. Es sind die richtigen Fragen und es ist ein guter Zeitpunkt sich mit der Wirkung des AFR18 auseinander zu setzen. Es ist für alle klar, dass sich die generelle Wirkung effektiv erst über einen grösseren Zeitraum betrachten lässt. Es ist mitunter auch ein Grund, dass der Kanton den Wirkungsbericht jetzt später behandelt. Der Bericht liegt Ende Jahr vor und wird dann zu Beginn 2024 im Kantonsparlament behandelt. Es ist also genau richtig jetzt die Fragestellung zu klären und die Daten aufzubereiten und zu verstehen. Dies hat der Stadtrat in der Beantwortung der Interpellation hervorragend aufgezeigt. Vielen Dank. Dies konnten sich die Kommissionsmitglieder bereits in der KFG erläutern lassen. Weitere Details werden dann mit dem Jahresbericht zur Verfügung gestellt. Festzustellen ist, dass die einzelnen Teilbereiche des AFR18 zeitlich unterschiedlich wirken. Deshalb ist eine abschliessende Aussage heute schwierig. Fakt ist, dass die unmittelbar wirkenden Bereiche der Steuern und Abgaben sowie Soziales für Kriens stark negativ zu Buche schlagen. Der positive Überhang bei Volks- und Musikschulen vermag die negative Bilanz kaum zu verbessern. AFR18 hat dadurch in den Jahren 20 und 21 für Kriens eine belastende Wirkung von über 2 Millionen Franken jährlich, das heisst Grössenordnung ein Steuerfuss-Zwanzigstel. Der massgebende langfristige Bereich, der Gewässerbau zeigt in den beiden Jahren noch keine Wirkung, könnte aber langfristig durchaus ausgleichender wirken. Es ist momentan schwierig Bilanz zu ziehen. Trotzdem müsse Kriens dies gut beobachten und den Wirkungsbericht des Kantons in den Auswertungen miteinbeziehen. Eine finale Stellungnahme der Stadt Kriens wird erwartet und mögliche Reaktionen zeigen sich dann. Die kurzfristigen Einbussen der Stadt durch den AFR18 müssen unbedingt auch berücksichtigt werden, wenn der Stadtrat sich aktiv in das Vernehmlassungsverfahren der Teilrevision des kantonalen Steuergesetzes einschaltet. Auch wenn die Wirkung des AFR18 langfristig etwas weniger schlecht aussehen könnte. Es dürfe nicht sein, dass Kriens über die ersten Jahre eine Zusatzbelastung von Beinahe 7 Millionen Franken jährlich auf sich nehmen muss, 2.2 Millionen durch AFR und 4.6 Millionen durch das Steuergesetz. Das wären fast 2 Steuerfuss-Zehntel und das ist ein absolutes No-Go. Es liegt also noch viel Arbeit vor dem Stadtrat respektive dem Einwohnerrat.

Marco Meier dankt für die Interpellation und dem Stadtrat für die ausführliche Antwort. Die Ausgaben- und Finanzreform AFR18 hat zum Ziel, das finanzielle Gleichgewicht sowohl im Kanton wie auch in den Gemeinden sicherzustellen. Gemäss Planung hätte es für Kriens zu einer Entlastung kommen sollen. Die FDP Kriens war dieser Planung gegenüber sehr kritisch und äusserte ihre Bedenken in der Vergangenheit mehrmals. Die aktuellen Zahlen zeigen nun auf, dass es für Kriens nicht zur berechneten Entlastung, sondern zu einer Belastung gekommen ist. Vor allem die Kosten bei den Sozialdiensten, bei den IPV und EL, sind die Kosten überproportional gestiegen und müssen seit Einführung der AFR18 vollständig von den Gemeinden, also von der Stadt Kriens, übernommen werden. Die Rechnung geht für Kriens also nicht auf. Klar muss zuerst noch der Bericht vom Kanton abgewartet werden. Die FDP Kriens fragt sich dennoch und ist weiterhin kritisch, ob mit den getroffenen Massnahmen im AFR18 überhaupt ein Gleichgewicht langfristig sichergestellt werden kann. Zu Entlastungen einiger Rechnungsjahre werden die "neuen" Mehrwertabgaben führen, welche bereits kritisch erwähnt wurden. Diese Entlastungsquelle ist nicht ganz zufällig, aber definitiv nicht kontinuierlich. In jedem Fall ist der Bericht des Kantons abzuwarten, um weitere und bessere Aussagen beziehungsweise Analysen treffen zu können.

Michèle Albrecht bedankt sich im Namen der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion beim Stadtrat und dem zuständigen Finanzdepartement für die ausführliche und klärende Beantwortung. Die Ausführungen zum richtigen Zeitpunkt zeigen auf, was der AFR18 bewirkt, was entlastet und was belastet. Auffällig sind die doch vielen Abweichungen im Vergleich zur Modelrechnung, leider oft zu Ungunsten der Stadt Kriens. Gerne nimmt Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion aber zur Kenntnis, dass es sich hierbei um dynamische Zahlen handelt, welche sich in Zukunft auch positiv entwickeln sollen. Gespannt blicken sie also auf die nächste Berichterstattung mit dem B+A Jahresbericht 2022 an den Einwohnerrat Kriens an

der Sitzung vom 25. Mai 2023. Die grösste Unsicherheit sieht der Stadtrat nicht bei der Ausgabenveränderung, sondern bei der «Änderung des Steuergesetzes (Teilrevision 2025)» seitens des Kantons Luzern. Gemäss Erläuterungen zum Vernehmlassungsentwurf führt diese Änderung zu Steuerausfällen von rund 4.666 Millionen Franken auf die Stadt. Und noch gespannter ist Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion auf die beiden Wirkungsberichte, welche im November 2023 zuhänden des Kantonsrats verabschiedet werden. Die Beratung im Parlament ist für Anfang 2024 geplant und erfolgt somit ein Jahr später als vorgesehen. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion bittet die Stadt Kriens, welche bekanntlich mit massiven finanziellen Problemen kämpft, den Dialog über die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden sowie über deren Finanzierung weiterhin in Gang zu halten.

Michael Portmann dankt dem Stadtrat im Namen der SP-Fraktion für seine Antwort auf die Interpellation. Da steht er im Raum, der Wirkungsbericht. Mit diesem Wirkungsbericht soll geprüft werden, ob die AFR18 wirklich die gewünschte Wirkung entfaltet. Ziel war eben nicht nur die Ausgaben zu verschieben, sondern auch die Aufgaben sinnvoller zu verteilen. Der Hochwasserschutz soll vom Kanton Luzern übernommen werden, damit die Planung vereinheitlicht und die Kompetenzen des Kantons genutzt werden können. Es geht darum das Knowhow zu bündeln, damit die entsprechenden Massnahmen effizient und kostengünstig ergriffen werden können. Damit werden die Gemeinden entlastet, weil sie nicht alle eigenes Knowhow in Sachen Hochwasser pflegen müssen. Bei Bächen, die über Gemeindegrenzen hinwegfliessen, wird damit eine Gleichbehandlung der Bachabschnitte gewährleistet. Im Moment äussert sich dies für Kriens definitiv nicht positiv, weil vom Kanton her noch zu wenig passiert. In der Bildung macht es ebenfalls Sinn, dass der Kanton einen grösseren Teil des Aufwandes übernimmt. Schliesslich muss der Kanton sicherstellen, dass in allen Gemeinden Bildung höchster Qualität angeboten werden kann. Insbesondere wenn es um es schulergänzende Kinderbetreuung geht muss sich der Kanton weiterentwickeln, weil er sonst gegenüber allen anderen Stadtregionen, zum Beispiel Zürich, Bern oder Zug vor allem bezüglich Fachkräften den Anschluss verliert. Im Sozialen ist Michael Portmann nicht klar, warum die Aufwände zu den Gemeinden geschoben werden. Die AFR18 hat einen Einnahmenverlust und daraus dann einen Personalstopp im Sozialen verursacht. Aufgrund interner Ausfälle war dann zu wenig Personal da, um die Fälle zu bearbeiten und die Betroffenen wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Zum Glück konnte die Stadt Kriens diese Situation proaktiv anpacken. Die Lernkurve stieg steil an und die Sozialhilfequote sinkt seither. Bei der Finanzierung der Aufgaben musste dann noch eine Steuersenkung für alle Gemeinden durchgeboxt werden. Eigentlich unnötig und für Kriens insgesamt einfach nur ein gewaltiger Imageschaden. Die AFR18 hat einen budgetlosen Zustand ausgelöst, dann einen unrechtmässig hohen Elternanteil in der Kinderbetreuung und schliesslich muss heute die Stadt Kriens von kantonalen Finanzausgleich Beiträge beziehen. Alles negative Nebenwirkungen des AFR18. Wenn der Einwohnerrat wissen will, wo die Stadt Kriens etwas tun kann, müssen sich die Politik in Kriens folgenden Fragen stellen: Wo sind die positiven, organisatorischen «Nebenwirkungen» der AFR18? Wo könnte die Stadt Kriens auch davon profitieren, dass sich nicht nur die Ausgaben, sondern auch die Aufgaben verschoben haben? Wie könnte die Stadt Kriens einfordern, dass gewissen Effekte aus der Aufgabenverschiebung schneller eintreffen und so die Stadt Kriens davon profitieren kann? Das sind die Fragen, welche sich der Einwohnerrat stellen müsste. Wenn diese beantwortet werden, weiss die Stadt Kriens wo sie anpacken muss.

Roger Erni ist erstaunt, was die Einwohnerratsmitglieder alles wissen. Alles was er als Fazit noch erzählen wollte, kam bereits in den Fraktionsvoten. Er möchte sich jedoch noch beim Interpellant bedanken, dass durch den Vorstoss nun so etwas auf dem Tisch liegt. Der Stadtrat möchte wie die Gemeinde Emmen im Jahresbericht aufzeigen wie das Thema Belastung und Entlastung aussieht. Es muss noch die ganze Tabelle gelesen werden, damit man sieht wie das gerechnet wird. Wenn jemand Fragen dazu hat, darf er sich gerne an Roger Erni oder den KFG-Präsident wenden. Roger Erni möchte das Wort noch an Maurus Frey übergeben, damit er noch etwas zum Thema Wasserbau sagen kann.

Maurus Frey möchte noch einen Ausblick auf die geplanten Wasserbaumassnahmen geben. Die Stadt Kriens hat mit einem jungen und talentierten Wasserbauingenieur einen guten Partner. Für Investitionsabsichten braucht es Projekte, welche bereit für die Umsetzung sind. Dies sei hier der Fall. Aufgrund vom Hochwasser im Bereich Schliembach sind jedoch noch Sofortmassnahmen dazugekommen. Die Absichten vom Kanton sehen so aus, dass diese Projekte umgesetzt werden können. Der Stadtrat muss sich jedoch gefasst machen, weil es grosse Kisten sind, welche angepackt werden müssen.

Das Traktandum ist somit erledigt.

11. Beantwortung Interpellation Lengwiler: Anschluss an die «Mütter- und Väterberatung Region Luzern»

Beda Lengwiler dankt dem Stadtrat für die Beantwortung. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion ist damit zufrieden. Das Ziel mit der Interpellation war es zu überprüfen, ob Kosten eingespart oder die Leistung durch einen Zusammenschluss optimiert werden könnte. In der Beantwortung steht geschrieben, dass die Spitex Kriens nahe mit dem Zusammenschluss der Mütter- und Väter Beratung von Luzern zusammenarbeitet. Dies haltet Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion für enorm wichtig. Sie sind sehr dankbar für die tolle Arbeit, welche die Spitex in diesem Rahmen leistet. Schlussendlich sind 3 Punkte zentral: Betreuung soll sichergestellt sein und das Angebot die Nachfrage decken können. Kompetente Beratung. Möglichst geringer finanzieller Aufwand. Preis-Leistung soll stimmen. Bei der nächsten Leistungsvereinbarung soll dies wieder geprüft werden, um die Situation neu zu eruieren und zu massvollen Kosten das Bestmögliche für Kriens und für die Krienser Mütter- und Väter zu machen.

Michèle Akermann dankt dem Stadtrat sowie den Mitarbeitern des Sozialdepartments im Namen der SVP-Fraktion für die Beantwortung der Interpellation. Michèle Akermann fasst sich kurz und schliesst sich den positiven Voten ihrer Vorredner an, denn sämtliche Fragen wurden klar, verständlich und nachvollziehbar beantwortet. Wie dargelegt wurde, hätte ein Wechsel zur Mütter- und Väterberatung Region Luzern bislang keine Kosteneinsparungen bewirkt. Nebst den tieferen Kosten sieht die SVP-Fraktion es insbesondere als Vorteil, dass die Mütter- und Väterberatung direkt in Kriens angeboten wird, denn viele Eltern sind froh, wenn sie diese Dienstleistung an ihrem Wohnort in Anspruch nehmen können. Dieser Aspekt ist bei einer erneuten Überprüfung der Leistungsvereinbarung zu berücksichtigen, ebenso die sehr gute und von langjähriger Erfahrung geprägte Arbeit der Spitex Kriens.

Gemäss Armin Lisibach nimmt die FDP-Fraktion die Beantwortung dankend zur Kenntnis. Zentralisieren und zu prüfen, ob eine Beratung zentral angeboten, resp. bezogen werden kann, macht immer Sinn, wenn ein Mehrwert generiert werden kann. Aus eigener Erfahrung macht die Mütter- und Väterberatung gerade in den ersten Jahren mit einem Kind eine grossartige Arbeit. Armin Lisibach kann es sich nicht vorstellen, wie dies von einer zentralen Stelle aussehen würde. Zum einen sind die Beantwortungen des Stadtrates sicherlich nachvollziehbar und zum anderen kommt der Bezug der Persönlichkeit hinzu. Heute wissen die zu Beratenden, mit wem sie die Gespräche, respektive Beratungen führen und es basiert auf persönlichem und auf Vertrauen. Zentral geführt, könnte die Vertrauensbasis kippen, da dann irgendjemand diese Beratung wahrnimmt. Dies auch nach Nachfragen im Freundes- und Familienkreis, wo diese Dienstleistung noch immer gerne in Anspruch nimmt. Und wenn jetzt die Frage auftaucht, kann die Mütter- und Väterberatung, welche bei der Kinderarztpraxis Luzern-Süd angeboten wird, überhaupt abgegrenzt werden. Kann Armin Lisibach sagen, ja - es wird abgegrenzt, ob von Kriens oder nicht. Die Mütter- und Väterberaterin ist sowieso verpflichtet, den Wohnsitz abzufragen. Da findet die Triage also statt.

Bettina Gomer bedankt sich im Namen der SP für die ausgewogene Antwort. Der Interpellant hat interessante Fragen gestellt und die wurden sachlich begründet beantwortet. Im jetzigen System sieht die SP-Fraktion einige Vorteile. Immer die gleiche Ansprechperson an zwei zentralen Orten in Kriens. Von Kriens für Krienser Eltern das heisst, eine Leistung wird sichtbar. Die Nähe zur Spitex Kriens. Die Spitex unterstützt vom ersten bis zum letzten Lebensjahr. Sie bringt schnelle Hilfe auch bei Überlastung im Haushalt. Ein Angebot das tiefe Schwellen haben muss. Alles aus einer Hand. Das bringt den Vorteil von kurzen Kommunikationswegen. Zusammenarbeit mit Krienser Kinderarztpraxis Luzern Süd. Die Zusammenarbeit mit der Mütter- und Väterberatung Luzern findet durchaus statt zum Beispiel als Ferienabdeckung. Wichtig zu wissen, die jetzige Beraterin, Claudia Kägi ist mit Luzern vernetzt und hat auch die Möglichkeit sich mit diesem Team auszutauschen. Mit einem möglichen Zusammenschluss würde wahrscheinlich kaum ein Unterschied feststellbar. Ausser, dass die Kommunikation mit der Spitex etwas umständlicher wäre. Für die SP ist aber entscheidend, egal ob das Angebot selbst oder als Fremdleistung angeboten wird, wichtig bleibt, dass die Sprechstunde in der Stadt Kriens angeboten wird. Zentral und nahe bei den Menschen, von Kriens für Krienser Eltern und Kinder mit einer hohen Qualität.

Laut Cla Büchi findet der Stadtrat die Fragen absolut berechtigt. Das aktuelle Angebot ist momentan für Kriens günstiger als eine allfällige Zusammenarbeit mit der Mütter- und Väterberatung Region Luzern. Es ist jedoch auch nicht so einfach zu vergleichen, da es ein anderes Modell ist. Die Stadt Kriens ist sehr glücklich mit der jetzigen Lösung. Cla Büchi hat nun festgestellt, dass der Einwohnerrat diese Meinung mit dem Stadtrat teilt. Es kommen viele positive Rückmeldungen aus der Bevölkerung, denn Claudia Kägi macht einen sehr guten Job.

12. Bericht Postulat Stofer: Drohende Energiekrise: Welchen Beitrag leistet die Stadt Kriens?

Michèle Akermann dankt dem Stadtrat sowie den Mitarbeitern des Bau- und Umweltdepartements für die Beantwortung des Postulats. Glücklicherweise ist eine Strommangellage, die sogar zu Blackouts führen könnte, nicht mehr derart wahrscheinlich und die Situation hat sich etwas entspannt. Nichts desto trotz ist die Ergreifung von Massnahmen, um einer solchen ausserordentlichen Lage zu begegnen, äusserst wichtig. So sind besonders Massnahmen die eine Panik in der Bevölkerung verhindern können zu ergreifen, was gemäss dem Bericht von einer stadtinternen Arbeitsgruppe gemacht wurde. Die ergriffenen Sofortmassnahmen erachtet die SVP-Fraktion ebenfalls als sinnvoll, so dass die Räumlichkeiten nur auf eine gewisse Temperatur geheizt werden, vorallem wenn diese leerstehen und in der Nacht oder am Wochenende gar nicht benützt werden. Die SVP-Fraktion ist daher der Meinung, dass diese Massnahmen auch beibehalten werden können, wenn sich die Stromlage wieder stabilisiert hat. Diesbezüglich würde die SVP gerne wissen, ob sich die getroffenen Massnahmen auf die Kosten der Stadt Kriens ausgewirkt haben. Auch ob sich die Massnahmen auf das Budget auswirken oder ob der höhere Strompreis diese wieder wettmacht? Auch wäre interessant zu wissen, welche Gedanken sich der Stadtrat zur Entwicklung des Strompreises gemacht hat und ob solche Überlegungen ebenfalls ins Budget 2023 eingeflossen sind? Es ist der SVP jedoch bewusst, dass die Mehrheit solcher Fragen auf nationaler Ebene beziehungsweise sogar auf internationaler Ebene diskutiert werden müssen, da das ganze europäische Stromnetz zusammenhängt und eine drastische Strommangellage mit allfälligen Stromausfällen sicherlich nicht nur einzelne Länder betreffen würde. Die SVP-Fraktion ist mit der Abschreibung des Postulats einverstanden und geht davon aus, dass sich der Stadtrat dennoch weiterhin Gedanken machen wird, welche weiteren Massnahmen noch getroffen werden können.

Ivo Durrer dankt dem Stadtrat im Namen der FDP-Fraktion für den guten Bericht zum Postulat. Ivo Durrer schliesst sich dem Votum der SVP-Fraktion an. Die FDP ist für die Abschreibung vom Postulat. Ivo Durrer

findet solange man die Elektrowelos und Elektroautos zuhause laden kann, hat man keine wahnsinnige Krise.

Viktor Bienz stellt fest, dass vieles bereits gesagt wurde und er möchte dies nicht unnötig wiederholen. Im Bericht werde spannend aufgezeigt, was für Auswirkungen eine Stromknappheit hätte. Auch wie die Abschaltungen organisiert und zeitlich abgestimmt sind. Es werde gut aufgezeigt wo bereits gespart wurde und wo nicht gespart werden kann in Zukunft. Departementsübergreifende Zusammenarbeit sei hier zwingend nötig. Einige Sachen wie zum Beispiel die Plakatbeleuchtung abzuschalten, können aus Sicht der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion beibehalten werden. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion ist froh, dass das Thema LED nun angegangen wird. Dies hat Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion in verschiedenen Vorstößen bereits gefordert. Heutzutage braucht es eine intelligente Beleuchtung. Zeitschaltuhren gehören der Vergangenheit an. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion fragt sich, ob man die heutigen Beleuchtungskörper mit einer intelligenten Steuerung ausstatten kann, dass sie wenigstens abschalten, wenn sie nicht gebraucht werden.

Reto Felber dankt dem Stadtrat für die Berichtverfassung und der Ausarbeitung der Strategie zur Reduktion des Energieverbrauchs und der Senkung der Eintrittswahrscheinlichkeit für einen allfälligen Energie Black-Out oder von harscheren Massnahmen. Die Ausarbeitung der Sofortmassnahmen wie sie im Beiblatt «Bulletin Immobiliendienst Stadthaus» aufgelistet sind, erachtet die SP als sinnvoll und zielführend aber auch ein wenig ambitionslos. Bei diesen Sofortmassnahmen möchte die SP-Fraktion den Stadtrat bitten diese monatlich bis zum Ende der Winterzeit zu verlängern, auf die restlichen eigenen Immobilien auszudehnen, diese auch danach beizubehalten und etwas grössere Ambitionen an den Tag zu legen. Die angedachten langfristigen Massnahmen, Umschalten auf LED und die Umrüstung auf Zeitschaltuhren erachtet die SP-Fraktion als ideal und richtig. Bei einem wichtigen Punkt des Postulats wurde leider noch keine Antwort gegeben. Nämlich die der rückwirkenden Betrachtung der Effektivität aller Massnahmen im gesamten Winterhalbjahr 2022/2023. Aus diesem Grund unterstützt die SP den Antrag der Grünen und GLP-Fraktion, das Geschäft nicht abzuschreiben und im Frühling oder im Sommer den anstehenden Bericht nachzureichen. Der Winter sei noch nicht vorbei und aus diesem Grund ist die Nichtabschreibung des Geschäftes ein Muss. Auch wie schon erwähnt, sind grössere Ambitionen der Massnahmen anzustreben.

Einzelgespräch

Pascal Meyer ist klar der Meinung, dass die Energiesparmassnahmen auch nach der Energiekrise weitergehen sollten. Er möchte noch gesagt haben, dass das Energieproblem gekommen ist weil kein Gas mehr aus Russland kommt und nicht weil kein Strom mehr von Solarpanels kommt. Dies sei anscheinend einigen Einwohnerratsmitgliedern nicht klar.

Michael Portmann greift die Aussage von Ivo Durrer auf. Die Elektrowelos sind nicht das Problem, denn die verbrauchen sehr wenig Strom. Er gibt jedoch recht, dass die Elektroautos Energiefresser sind.

Gemäss Maurus Frey führt die Stadt Kriens Energiebuchhaltung und der Stadtrat versichert, dass Kriens noch nicht am Ziel angekommen ist. Über die Ostern wird der Stadtrat bestimmt im Zusammenhang mit der Jahresrechnung 2022 über die entstandenen Mehrkosten informieren. Dieses Postulat wurde als dringlich eingereicht und das bedeutet auch eine verkürzte Zeit um den Bericht zu erstellen. Der Stadtrat hat den Auftrag verstanden so schnell wie möglich Massnahmen zu ergreifen. Wie ambitioniert diese Massnahmen sind, sei Ansichtssache. Maurus Frey hat festgestellt, dass diese Ansicht im Einwohnerrat ziemlich auseinandergeht. Das Thema Energiemangel wird im nächsten Jahr im Herbst genau gleich wieder vor der Tür

stehen. Um dranzubleiben braucht der Stadtrat jedoch kein nicht abgeschriebenes Postulat. Die Ressourcen können besser eingesetzt werden, als für die Ausarbeitung eines Berichts. Maurus Frey ist sich sicher, dass das nächste Postulat sonst sicher kommen werde.

Abstimmung

Akermann Michèle	Abschreibung
Albrecht Michèle	Abschreibung
Amrhein Bruno	Nicht-Abschreibung
Bienz Viktor	Abschreibung
Bucher Zita	Nicht-Abschreibung
Durrer Ivo	Abschreibung
Erni Matthias	Abschreibung
Felber Reto	Nicht-Abschreibung
Gomer-Beacco Bettina	Nicht-Abschreibung
Gut Kathrin	Nicht-Abschreibung
Klein Fabian	Abschreibung
Kobi Tomas	Nicht-Abschreibung
Koch Patrick	Abschreibung
Lengwiler Beda	Abschreibung
Lisibach Armin	Abschreibung
Meier Marco	Abschreibung
Meyer Pascal	Nicht-Abschreibung
Niederberger Raoul	Nicht-Abschreibung
Piras Davide	Abschreibung
Portmann Michael	Nicht-Abschreibung
Rüegg Beat	Abschreibung
Seger Cedric	Nicht-Abschreibung
Solari Simon	Nicht-Abschreibung
Stofer Peter	Nicht-Abschreibung
Tanner Beat	Abschreibung
Vonesch Andreas	Abschreibung
Zellweger Martin	Abschreibung
Ziemssen Jörg	Abschreibung
Zosso Cyrill	Nicht-Abschreibung

Postulat wird mit 16:13 Stimmen abgeschrieben

13. Postulat Bucher: Schulklassen besuchen den Einwohnerrat

Laut Räto Camenisch ist der Stadtrat gegen eine Überweisung vom Postulat.

Zita Bucher hat im Postulat „Schulkassen besuchen den Einwohnerrat“ der Stadtrat darum gebeten aufzuzeigen, wie jede 5. oder 6. Schulklasse der Stadt Kriens mindestens einmal im Jahr eingebettet in die Planung des Schuljahres eine Einwohnerrats-Sitzung (inkl. Vor- und Nachbereitung) besucht. In der Beantwortung wird attestiert, dass Kinder von 10 - 12 Jahren kein Interesse an Politik hätten die Themen zu weit weg seien und keine Bedeutung für die Kinder hätten der Lehrplan ins Feld geführt, jedoch nur lückenhaft darauf eingegangen geäußert, dass mit einem Besuch im Einwohnerrat keine Sensibilisierung möglich sei, nicht einmal für Schülerinnen und Schüler im Zyklus 3. Die Grüne/glp-Fraktion hat diese Antwort sichtlich irritiert, es gilt einiges klar zu stellen. Als Erstes muss gesagt werden, dass im Lehrplan 21 eine sogenannte politische Handlungskompetenz aufgeführt ist. Diese um-

fasst, dass Schülerinnen und Schüler eigene Anliegen erkennen können und politische Prozesse kennen. Gemeinschaft und Gesellschaft, Zusammenleben gestalten und sich engagieren mit dem Ziel politische Handlungskompetenz aufzubauen. Dies beginnt bereits im Zyklus und wird für Sie auf der Folie deutlich: Es ist richtig, in einem Ansatz im Zyklus 1 + 2 geht es darum, dass SuS sich Erproben können und erste Erfahrungen sammeln, dass ist Beispielsweise im Morgenkreis oder auch im Klassenrat möglich, oder auch im Schülerrat, wo das Prinzip der Delegation/Vertretung erlebt und geübt werden kann. Interessant ist aber doch auch der Punkt im Zyklus 2 «SUS können politische Prozesse an einem Beispiel nachvollziehen». Auf der zweiten Folie ist ersichtlich, dass dies auch in der BNE, Bildung für nachhaltige Entwicklung verankert ist. Zita Bucher zitiert aus dem LP21: *«Die Schülerinnen und Schüler befassen sich mit unterschiedlichen Gesellschaftsformen, Traditionen und Weltansichten, diskutieren deren Entstehung und Wandel und lernen historische, gesellschaftliche und politische Zusammenhänge verstehen. Sie setzen sich mit politischen Prozessen auseinander, lernen diese zu erkennen, verstehen Grundelemente der Demokratie und kennen grundlegende Funktionen öffentlicher Institutionen.»* Wo, wenn nicht an einer ER-Sitzung könnten die Krienser SuS grundlegende politische Prozesse und Funktionen öffentlicher Institutionen erleben und darüber reflektieren? Ein Besuch im Einwohnerrat ist ein ideales Gefäss um in einen direkten Kontakt mit lokalen Politikerinnen und Politiker zu kommen. Die Kinder hätten die Möglichkeit mitzuverfolgen und zu erleben, wie dies in ihrer Gemeinde/Stadt funktioniert. Mit einer entsprechenden Vorbereitung und auch Nachbereitung ist ein ER-Besuch unglaublich wertvoll und sinnvoll und zwar auf mehreren Ebenen. Die Lehrpersonen können einen Transfer von Klassen / oder Schülerinnenrat zum erlebten im Einwohnerrat herstellen. Dazu gehören beispielsweise vorformulierte Beobachtungsaufträge. Wie läuft eine Sitzung ab, was sind die Regeln? Wer ist beteiligt? Was fällt auf? Wie wird gesprochen? Die Schülerinnen erleben und sehen die Funktion von Stadtrat und Einwohnerrat, dies exemplarisch mitzuverfolgen hilft, dies besser zu verstehen und zu diskutieren. Alle Krienser Kinder/Jugendlichen hätten so die Chance einmal zu sehen, wer für die Entscheide in der Stadt verantwortlich ist. Wer zum Beispiel bestimmt, wo und wie Spielplätze im Quartier oder Schulhaus gestaltet werden. In einer Nachbereitung könnte beispielsweise auch eine Fragerunde mit Einwohnerratsmitglieder oder einem Stadtrat oder gar der Stadtpräsidentin stattfinden. Die SuS könnten Fragen vorgängig vorbereiten und Stellen, ganz im Sinne einer Fragerunde wie sie im Einwohnerrat abgehalten wird. Dass eine Budget-Sitzung wohl weniger interessant ist, ist wohl allen Anwesenden im Rat klar. Es gibt aber genügend weitere Sitzungen, in denen Themen diskutiert werden, die auch Kinder ansprechen könnten, beispielsweise wenn es um Fussgängerfreundliche Zonen geht oder sichere Velowege, wenn Spielplätze thematisiert werden. Es wäre doch durchaus interessant zu erfahren, wie die SuS ihren Schulweg zu Fuss oder auf dem Velo erleben? Wo gibt es für sie attraktive Orte in ihrem Quartier? Wo fühlen sie sich sicher, wo nicht? Anknüpfungspunkte an die Lebenswelt der Kinder gäbe es genügend. Es wäre dann unter anderem die Leistung der Lehrpersonen Anknüpfungspunkte zur Ratssitzung herzustellen und Zugänge zu ermöglichen. Kinder, die einmal in einer Einwohnerratssitzung waren und dies vertieft im Vor- und Nachgang besprechen Vor- und Aufbereiten konnten, diese Kinder werden für Politik sensibilisiert. Dass Kinder im Alter von 10 -12 Jahren kein Interesse an Politik hätten ist doch eine ziemlich wagemutige Aussage, Pauschalisierungen ins Feld zu bringen und das auf wackeliger Grundlage ist doch eher befremdend. Und wenn, rein hypothetisch, diese Behauptung zutreffen sollte, müsste sich doch die Politik umso mehr dafür einsetzen, dass ein zielstufengerechter Zugang zur Politik erfolgt. Es sollte im Interesse des Einwohnerrates und des Stadtrates sein, dass die Krienser Kinder / Jugendlichen systematisch in Kontakt mit der Politik kommen können. Im Sinne der Chancengleichheit und auch dem Abbau von Hemmschwellen. Bei einem fakultativen Angebot, werden nicht alle Kinder erreicht. Es geht keines Falls um eine Rekrutierung, es geht auch nicht um Partei-Interessen, es geht darum, dass das Interesse für politische Prozesse geweckt wird und ein erster Zugang da ist, der selbstverständlich in den folgenden Schuljahren und auch ausserschulisch vertieft werden muss. Mit wenig Aufwand könnte Kriens hier im Rat diese Tür öffnen und zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Erstens den Schülerinnen eine Teilnahme an einem aktuellen, lokalen ihnen nahestehenden Beispiel von politischem Geschehen zu ermöglichen, zweitens die Lehrpersonen in der Wahrnehmung des Bildungsauftrag zu unterstützen. Mit der Überweisung des Postulats eröffnet der Rat einen Zugang und zwar für die zukünftigen Mitgestaltenden von Kriens, denn Kriens will und braucht eine Gesellschaft die gestalten will, eine politische Handlungskompetenz mitbringt und

dazu wir der Grundstein in der schulischen Bildung gelegt. Zita Bucher bittet die Einwohnerratsmitglieder dem Postulat zuzustimmen und dieses entgegen dem Antrag Stadtrat zu überweisen.

Beat Rüegg begrüsst den Einwohnerratspräsidenten, die Einwohner- und Stadtratsmitglieder, sowie die Schulklassen auf der Tribüne. Oder haben die Einwohnerratsmitglieder die Luzerner Zeitungs-Kolumne am 27. Dezember 2022 von Herrn Knobel übersehen? Der Titel lautete: „Krienser-Stadtrat: Kindern fehlt Verständnis für Politik“. Die SVP-Fraktion dankt für das ideell-gmögliche Wunschkonzert-Postulat Bucher, sowie die einleuchtend begründete Stadtrats-Ablehnung, welche die SVP voll unterstützte. Die Lokalpolitik soll sich nicht auch noch in die Ausgestaltung der Lehrpläne einmischen und den Lehrpersonen zusätzlichen Stoff im Detail vorschreiben. Ein solches Vorgehen mit zwingenden Vorgaben engt noch stärker ein. Wenn eine Lehrerin die Politik altersentsprechend in ihren Unterricht einbaut, soll diese selber entscheiden können, ob ein freiwillig geführter Einwohnerratssitzungs-besuch bereichernd, als Schulausflug, langweilig, belustigend oder eben richtig ist. Die SVP-Fraktion traut dies den Lehrenden durchaus zu. Dafür braucht es keinen politisch motivierten stadträtlichen Zwang. Als kontraproduktive Eigengoaal-Beispiele gelten die „Sechstklässler-Bundeshaus-Tribünenbesuche“ mit Parlamentarier-Vorbildwirkung betreffend Essen/Trinken, Handy-Gebrauch, leeren Stühlen, Zeitungslesen und Geläufe während den Sessionen. Organisatorischer Machbarkeits-Check dieses Postulats. Bei jährlich neun Sitzungstagen anbieten sich lediglich cirka sechs mit Einmonats-Vorlauf-Traktandenliste zur Lehrperson-Vorbereitung. Dies ergäbe bei 18 Parallelklassen pro Einwohnerratssitzung 3 Klassen Anwesenheit. Obwohl es klare Aufgabe der Parteien ist, ihre Nachwuchs-Mitglieder zu rekrutieren, und nicht Aufgabe der öffentlichen Verwaltung, könnte sich die SVP-Fraktion einen optimierten Postulatsinhalt freiwillig, durch Lehrpersonen auf Sek-Stufe, situativ, selektiv, vor- und nachbereitet geführt, im Rahmen des Lehrplans 21, als Versuch durchaus vorstellen.

Beat Tanner dankt Zita Bucher im Namen der FDP-Fraktion für den Vorstoss. Auch der FDP-Fraktion ist es sehr wichtig, die Jugend für die Politik zu begeistern, sodass die Demokratie auch in Zukunft weitergeführt werden kann und sich Bürgerinnen und Bürger für das demokratische Zusammenleben engagieren. Dieser Vorstoss von Zita Bucher sei keine neue Idee. Die damalige Bildungskommission hat dieses Thema auch oft diskutiert und gefordert, dass die Sekundarstufe I und Schüler ergänzend zur politischen Bildung in der Theorie eine Sequenz einer Einwohnerratssitzung besuchen. Auch die FDP der Stadt Kriens hat dies immer gefordert und unterstützt. Leider sind selten Schulklassen an einer Einwohnerratssitzung anwesend. Solange, dass die Einwohnerratssitzungen nicht gestreamt und Aufzeichnungen des Livestreams nicht online bereitgestellt werden, sei es sinnvoll vor Ort einen Eindruck über die demokratischen Abläufe und Geschäfte eines Einwohnerrats zu bekommen. Für die FDP-Fraktion ist es aber unabdingbar, dass dieser Besuch im Zusammenhang mit dem Lehrplan 21 und dem Thema «Politik, Demokratie und Menschenrechte» erfolgen muss. Nur so könnten die Schülerinnen und Schüler einen Link machen und einen Mehrwert zu diesem Thema erlangen. Im Vorstoss der Grünen fordert Zita Bucher, dass die Schulklassen der 5. und 6. Klasse mindestens einmal im Jahr eine Einwohnerratssitzung besuchen sollen. Obwohl die FDP-Fraktion diese Idee in der Bildungskommission seit Jahren unterstützt, können sie diese so formulierte Forderung nicht unterstützen. Sollte Zita Bucher ihre Forderung anpassen, sodass ein Besuch mit dem Lehrplan 21 und der Theorie im Thema «Politik, Demokratie und Menschenrechte» gekoppelt wird und dies in der SEK-Stufe Anwendung findet, würde die FDP-Fraktion den Vorstoss gerne unterstützen.

Laut Davide Piras ist das Näherbringen der Lokalpolitik und Partizipationsprozessen für und mit Kindern und Jugendlichen ist ein kontinuierlicher Prozess und Engagement der Stadt Kriens. Diese wurden in den letzten Jahren fortwährend ausgebaut durch Vorstösse aus dem Einwohnerrat und durch Initiativen der Stadt Kriens. Hier einige Beispiele: Einwohnerräte treffen sich zum Töggeli und Spaghetti-Plausch in der Teiggi. In einer lockeren Atmosphäre haben sich Politik und Jugendliche ausgetauscht. Jungparteien Anlass im Kulturquadrat, wo sich Jugendliche und Jungparteien vorgestellt haben. Vorstösse wie „Krienser Kinder und Jugendliche entscheiden mit“, welche zum Partizipationsprojekt und

Realisierung des Langmatt Spielplatz geführt hat. Oder die eigene Motion von Davide Piras mit dem Jugendvorstoss: Wo das Ziel hatte ohne Stimmrecht politisch mitreden zu können. Für die Mitte, Junge Mitte Fraktion ist politische Bildung und Partizipation eines wichtiges und zentrales Themas. Politische Bildung bei Kinder beginnt in den meisten Fällen am Familientisch. Mit Partizipationsprojekten werden die Mechanismen niederschwellig vermittelt und Kinder zum politischen Interesse geführt. Die Idee der PostulantIn führt jedoch nicht über diesen Weg. Schulklassen und Lehrer sollen dazu verpflichtet werden den Einwohnerrat zu besuchen. Über einen Pflicht-Besuch Politik näher zu bringen, sieht Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion nicht als zielführend. Zumal die politische Bildung in der 5. / 6. Klasse im Lehrplan nicht erwähnt wird. Staatskunde wird erst im Zyklus 3, also in der Oberstufe, unterrichtet. Zudem ist der Lernzuwachs für die 5./6.-Klässler im Verhältnis zur sorgfältigen Vorbereitung, der Durchführung und einer Nachbereitung des Einwohnerratsbesuch eher bescheiden. In Zusammenhang mit dem Unterricht steht es jeder Lehrerin und jedem Lehrer frei den Einwohnerrat zu besuchen. Der zuständige Stadtrat kann diesbezüglich gerne im nächsten Newsletter oder im Freitags-Mail des Rektorats die Lehrerschaft darüber informieren, dass man sich über jeden Besuch freut. Für die Mitte/ Junge Mitte-Fraktion ist eine breite politische Bildung, Weiterentwicklung der politischen Mitwirkung und Einbringung ein zentrales und sehr wichtiges Thema. Sei es durch Bildung eines Jugendparlaments, die Weiterführung der Schulräte, sowie die Unterstützung der vergangenen und von zukünftigen Partizipationsprojekten. Die Forderung der PostulantIn eines Pflicht-Besuchs des Einwohnerrates einzuführen, schießt deutlich über das Ziel hinaus. Ein Besuch soll weiterhin freiwillig und als Ergänzung zum Staatskunde-Unterricht dienen. Aus diesen Gründen lehnt die Mitte/ Die Junge Mitte-Fraktion das Postulat Bucher: Schulklassenbesuchen den Einwohnerrat ab. Politische Bildung soll themenstufengerecht stattfinden. Deshalb unterstützt Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion die Motion Lengwiler zur Einführung eines Jugendparlaments vollumfänglich.

Bettin Gomer dankt der PostulantIn für die Idee. Sie zitiert aus der Antwort des Stadtrates: *«Kinder in diesem Alter können die Themen, welche in einem Parlament besprochen werden, nicht verstehen, weil sie wesentliche Entwicklungsschritte noch nicht machen konnten.»*. Weder das Budget noch die Rechnung verstehen wahrscheinlich Kinder in diesem Alter. Denkt der Stadtrat, alle Erwachsenen verstehen das? Bettina Gomer würde sich hier nicht zum Fenster heraus lehnen. Sie nehme an, bei der Beantwortung ging es nebst den allgemeinen Interessen, unter anderem um die Entwicklung des abstrakten Denkens. Dieser Reifungsprozess zur Entwicklung des «ableitenden Denkens», passiert circa im Alter von 12 Jahren und es ist in jedem Alter alles eine Frage der Anwendung, vom Talent und der Förderung. Viele Menschen verlernen die Fähigkeit der Abstrahierung im höheren Alter wieder. Was heisst das jetzt für die politische Teilhabe? Zum Glück sei die Realität nicht so starr wie in der Antwort beschrieben. Entwicklung und Altern sei eben immer individuell und von vielen Faktoren abhängig. Haben denn Kinder / Generation Alpha so andere Themen wie die Einwohnerratsmitglieder? Sie sehen Bilder des Kriegs und heissen Flüchtlinge aus der ganzen Welt willkommen, in ihren renovationsbedürftigen Schulhäuser, Pausenplätzen, Klassenzimmer. Sie haben bereits gelernt was es heisst, vulnerable Menschen in einer Pandemie zu schützen und dabei selbst fast vergessen zu werden. Sie verstehen den Zusammenhang von Klima, CO2 und menschengemachter Klimakrise und erben die Schulden. Kinder sehen die Widersprüche, der Ambivalenz und der Doppelmoral. Daneben gehen sie Tschütten oder ins Ballette oder in die Pfadi, Blauring, Jungwacht. Die Kinder gehen an die Fasnacht und leben ihre Wunschrolle, trauen sich ohne Angst an Themen wie Moral und Ethik. Kinder sind Rohdiamanten, sie waren schon immer die besseren Philosophen, man muss ihnen halt das Wort geben und zuhören. Dass ist der UNICEF bekannt und steckt sogar Kriens mit diesem Denken an. Fakt ist, alle Kinder leben in der Welt, mit all den Themen und ähnlichen Sorgen, sie erben was die älteren verbocken. Darum gibt es «SRF Kids News» Dort werden nationale und internationale Nachrichten so erklärt, dass jedes Kind sie versteht. Jeden Donnerstag erscheint ein neues Video. Die wissen, dass Kinder Politik können. Bettina Gomer geht nochmals kurz zurück zum Anfangszitat *«...Themen, die in einem Parlament der Erwachsenen diskutiert werden, sind nicht die Themen der Kinder.»* Bettina Gomer habe bereits aufgezeigt, dass dies fake news sind. Was die SP-Fraktion am meisten ärgert an solchen Antworten, sind diese Bevormundungen. Das nicht zutrauen, das Abreden von Verständnis, die

Arroganz und die Überheblichkeit wissen zu wollen, wer die Kinder sind und was sie können. Stigmatisieren und Schubladisieren «*Probiere es gar nicht erst, das verstehst du nicht.*» Wenn man Fähigkeiten von Menschen kleinredet, glauben sie das sogar zum Schluss selbst. Alles schon mal dagewesen: Abreden von Interesse, Einwand mangelndem Verständnis, von fehlende Kognition. Frauenrechte, Behindertenrechte, People of Color, Kinder. Die Kinder sind in vielem machtlos. Machtlosigkeit kann zu Depression oder Aggression führen. Der Stadtrat soll aufhören zu pauschalisieren und ständig alle Menschen über einen Kamm zu scheren, denn so einen breiten Strahl gebe es gar nicht. Der Stadtrat soll sich trauen den Kindern etwas zuzutrauen. Der Stadtrat soll sich trauen solche Antworten zu korrigieren. Selbsterfüllende Prophezeiung sagt man dem. Diese Methode soll besser positiv genutzt werden. Auf die Kinder kommt einiges zu. Um diese Herausforderungen zu meistern, brauchen sie Empowerment und die richtigen Vorbilder. Die Kinder müssen wissen, wie und wo man sich einbringen kann, damit dieses Gefühl der Machtlosigkeit weicht und kreativem Schaffen Platz macht. Dialog als Partizipation und Konsultation. Politik als Methode die eigenen Wertvorstellungen durchzusetzen. So geht Demokratie und so geht Prävention.

Zita Bucher ist bereit ihren Vorstoss aufgrund den vorhergehenden Voten wie folgt anzupassen. Diese Forderung soll gestrichen werden: «*Der Stadtrat zeigt auf, wie jede 5. Oder 6. Schulklasse der Stadt Kriens mindestens einmal im Jahr eingebettet in die Planung des Schuljahres eine Einwohnerrats-Sitzung (inkl. Vor- und Nachbereitung) besucht.*» Neu soll die Forderung wie folgt lauten: «*Der Stadtrat wird gebeten zu überprüfen: Wie Schulklassen im Zyklus 2 oder 3 der Stadt Kriens, eingebettet in die Planung des Schuljahres und orientiert am Lehrplan 21, eine Einwohnerrats-Sitzung (inklusive Vor- und Nachbereitung) besucht. (Das Ziel sollte sein, dass jedes Kind einmal in seiner obligatorischen Schulzeit eine Einwohnerrats-Sitzung (inklusive Vor- und Nachbereitung) besucht.* Zita Bucher würde sich sehr darüber freuen, wenn das Postulat so überwiesen wird und der Einwohnerrat den Schulkindern nähergebracht werden kann.

Davide Piras ist der Meinung, dass Postulate nicht einfach abgeändert werden können.

Laut Marco Frauenknecht ging es dem Stadtrat nie darum, sich zu scheuen und den Kindern nichts zuzutrauen. Der Stadtrat war jedoch klar der Meinung, dass das Interesse durch eine Vermittlung oder Vernetzung gefördert werden soll. Es könnten zum Beispiel Klassen- oder Schulräte oder Jugendparlamente geschaffen werden. Dies war aus Sicht vom Stadtrat die effektivere Variante. Marco Frauenknecht beantragt eine zweiminütige Pause, dass er den abgeänderten Vorstoss mit dem Stadtrat besprechen kann.

Räto Camenisch stellt fest, dass diesem Antrag nicht opponiert wird.

Gemäss Marco Frauenknecht ist der Stadtrat bereit das Postulat entgegenzunehmen, da es in die gleiche Richtung wie das nächste Postulat zielt.

Abstimmung

<u>Akermann Michèle</u>	<u>Enthaltung</u>
<u>Albrecht Michèle</u>	<u>Überweisung</u>
<u>Bienz Viktor</u>	<u>Überweisung</u>
<u>Bucher Zita</u>	<u>Überweisung</u>
<u>Durrer Ivo</u>	<u>Überweisung</u>
<u>Erni Matthias</u>	<u>Überweisung</u>
<u>Felber Reto</u>	<u>Überweisung</u>
<u>Gomer-Beacco Bettina</u>	<u>Überweisung</u>
<u>Gut Kathrin</u>	<u>Überweisung</u>

Klein Fabian	Ablehnung
Kobi Tomas	Überweisung
Koch Patrick	Enthaltung
Lengwiler Beda	Überweisung
Lisibach Armin	Überweisung
Meier Marco	Überweisung
Meyer Pascal	Überweisung
Niederberger Raoul	Überweisung
Piras Davide	Überweisung
Portmann Michael	Überweisung
Rüegg Beat	Ablehnung
Seger Cedric	Überweisung
Solari Simon	Enthaltung
Stofer Peter	Überweisung
Tanner Beat	Überweisung
Vonesch Andreas	Überweisung
Zellweger Martin	Ablehnung
Ziemssen Jörg	Überweisung
Zosso Cyrill	Überweisung

Das Postulat wird mit 22:3 Stimmen und 3 Enthaltungen überwiesen.

14. Postulat Bucher: Schulrat wird obligatorisch

Überwiesen weil keine opposition

15. Fragenstunde

Raoul Niederberger möchte wissen, ob für die Kantonsratskandidierenden von Kriens die Möglichkeit besteht, sich im Kriens Info zu präsentieren.

Gemäss Marco Frauenknecht können sich die Parteien am Gesamtversand von Kriens beteiligen. Der einzelne Kandidat kann sich jedoch nicht präsentieren.

Christine Kaufmann-Wolf ergänzt, dass sich der einzelne Kandidat im Kriens Info präsentieren kann, dies jedoch auf eigene Kosten.

Beat Tanner hat festgestellt, dass die Abstimmungsbroschüre sehr umfangreich und farbig ist. Er möchte wissen, ob man dies kürzen und auf die Farbe verzichten kann?

Christine Kaufmann-Wolf nimmt das mit der Farbe sehr gerne entgegen. Vom Umfang her gibt es jedoch gesetzliche Vorschriften. Da beschränkt sich die Stadt Kriens grundsätzlich bereits auf das nötige.

Michèle Albrecht hat festgestellt, dass das ehemalige Verwaltungsgebäude der Armee an der Amstutzstrasse schon lange leer steht. Armasuisse will das Bürogebäude im Baurecht abgeben. Wie steht es um eine mögliche Zwischennutzung? Unterkunft für Flüchtlinge bzw. Parkplätze für Chaos vor Heilsarmee-Brocky?

Christine Kaufmann-Wolf erklärt, dass die Heilsarmee nichts mit Armasuisse zu tun hat. Die Armasuisse hat das Gebäude für eine Zwischennutzung abgegeben.

Reto Felber erkundigt sich nach dem Stand der Planung von der Luzern Süd Sammelstelle

Gemäss Maurus Frey sollte die Baugrube bereits da sein und erste Arbeiten haben begonnen.

Marco Meier hat von Stimmbürgern vom Obernau gehört, dass es Parkplätze beim Waldrand im Obernau hat, welche sehr oft besetzt sind. Werden da Parkgebühren erhoben oder wie ist der Stand?

Laut Maurus Frey sieht das Parkplatz-Reglement nicht vor, dass Parkgebühren ausserhalb vom Siedlungsgebiet erhoben werden. Der Parkplatz befindet sich auf dem Land der Kooperation Luzern. Bei der Blattingstrasse hat man das Wildparkieren mit der Wiederherstellung vom Trottoir bekämpft. Für den Waldplatz gibt es jedoch noch keine Lösung.

Andreas Vonesch hat ebenfalls etwas zu der farbigen Druckthematik. Der Einwohnerrat bekommt jeweils Post von der Stadtkanzlei und diese Dokumente sind immer farbig. Können diese schwarz weiss gedruckt werden?

Christine Kaufmann-Wolf nimmt das sehr gerne auf.

Kathrin Gut hat öfters gesehen, dass vor dem Pilatus Kebab Autos parkieren. Sie möchte wissen, ob dies dem Stadtrat bekannt ist?

Maurus Frey ist im Dialog mit Betreiber. Gewisses wird geduldet. Die Smart's, welche für die Auslieferung benötigt werden sind erlaubt, jedoch sonstiges Parkieren ist verboten.

Beat Tanner hat festgestellt, dass die Stadt Kriens zwischen Weihnachten und Neujahr Ferien macht. Er möchte wissen ob das adäquat ist bei einer Stadt mit beinahe 30'000 Einwohner?

Christine Kaufmann-Wolf erklärt, dass dies schon vor längerer Zeit eingeführt wurde. Damals wurde dies als Sparmassnahme eingeführt und der Stadtrat hat bisher keine Rückmeldung erhalten, dass es nicht gut ist. Die meisten Mitarbeitenden können in dieser Zeit die Überstunden kompensieren.

Davide Piras möchte wissen, weshalb bei der Gemeindehausstrasse zwei Sockel auf dem Trottoir aufgestellt wurden? Fussgänger können sich nichtmehr kreuzen.

Maurus Frey erklärt, dass dies vermutlich gemacht wurde, damit die Autos beim Kreuzen nicht auf das Trottoir ausweichen. Dies sei eine Sicherheitsmassnahme.

Bettina Gomer hat von Anwohner der Motelstrasse gehört, dass die Motelstrasse oft trotz Verbot befahren wird und dies in einem hohen Tempo. Was wird dagegen unternommen?

Maurus Frey kennt das Problem. Die Polizei ist teilweise auch dort, jedoch ist es schwer nachzuweisen, da Anwohner und Besucher die Strasse befahren dürfen.

Viktor Bienz erkundigt sich nach dem Projektstand der ehemaligen Judenschule?

Gemäss Maurus Frey wurde das Haus zweimal hintereinander verkauft. Der aktuelle Besitzer hat Entwicklungsabsichten, diese stimmen jedoch nicht mit den Erwartungen vom Einwohnerrat überein. Das Wohnhaus wird saniert und da gibt es ein schönes Projekt. Der Stadtrat versucht den Besitzer zu einer Zwischennutzung zu motivieren. Aktuell ist der Besitzer jedoch auf der Suche nach dem nächsten Käufer. Die Situation ist also etwas unbefriedigend.

Michael Portmann wohnt an der Verlängerung vom Freigleis und erkundigt sich deshalb nach dem Planungsstand vom Bogenweg.

Laut Maurus Frey ist man auf Kurs. Der Raum wurde gesichert also die Verträge der ersten zwei drei Reihen der Schrebergärten laufen bald aus. Der späteste Eröffnungstermin ist die Eröffnung vom Campus Horw. So kann eine sichere Velowegverbindung von Luzern bis Horw sichergestellt werden.

Davide Piras hat vernommen, dass bei der Badi die Sportcard zusammen mit Luzern und Emmenbrücke eingeführt werden soll. Er möchte gerne wissen, ob dies diesen Sommer kommen wird?

Roger Erni informiert, dass im Sommer die Karte mit 10 % Rabatt geplant ist und wenn Krienser nach Emmen gehen bekommen sie dort 20 % Rabatt.

Viktor Bienz erkundigt sich nach dem Stand der Ortsplanung.

Maurus Frey ist aktuell am räumlichen Entwicklungskonzept. Dies wird von der Echogruppe begleitet. Sobald das im ersten Entwurf vorhanden ist, wird der partizipative Rahmen eröffnet. Dann werden auch Quartiergespräche und so weiter stattfinden.

16. Verabschiedung Cedric Seger

Räto Camenisch liest die Abschiedsrede von Cedric Seger: «*Cedric Seger tritt per 16. Februar 2023 aus dem Einwohnerrat zurück. Somit wird er noch an der BRK-Sitzung vom 7. Februar teilnehmen. Wir verabschieden Cedric Seger jedoch bereits heute an seiner letzten Einwohnerratssitzung. Cédric Seger gibt nach zwei Jahren intensiver Arbeit im Einwohnerrat sein Amt bereits wieder ab. Obwohl es auch in Kriens noch zahlbare Wohnungen hat, zieht er in die Stadt Luzern und muss deshalb aus dem Einwohnerrat zurücktreten. Cédric Seger rutschte 2021 für Nicole Nyfeler in den Einwohnerrat nach. Als jüngstes Mitglieder der SP Fraktion half seither tatkräftig in der Fraktion mit. Er vertrat die SP Fraktion in der Geschäftsleitung und der Bürgerrechtskommission. Cédric Seger engagierte sich immer schon für ein lebendiges Vereinsleben in Kriens, unter anderem auch in der Jungwacht. Er sieht die*

Vereine als Säule unserer Gesellschaft. Sie vermitteln uns alle wichtige Werte wie Toleranz, Begeisterung und Gleichheit und tragen wesentlich zur Integration aller in unsere Gesellschaft bei. Dass diese wichtige Arbeit auch ökologisch und umweltschonend gestaltet werden kann, zeigt sein Vorstoss zum Mehrwegstadt Kriens. Er konnte damit einen wichtigen ersten Schritt zu mehr Nachhaltigkeit und weniger Abfall an Veranstaltungen in Kriens machen. Auch ihm ist wichtig, dass die Ausgaben der Stadt Kriens am richtigen Ort Wirkung entfalten. Das zeigt seine Interpellation zum Thema Wirksamkeit in den Krienser Stadtfinanzen. Leider verlässt er nun den Einwohnerrat, bevor er seine Fragen selbst zur Diskussion stellen kann. Die SP Fraktion wird sein Anliegen aber gerne weitertragen. Wir danken Cédric für sein kurzes und intensives Engagement.»

Cedric Seger hält sich kurz, denn er war auch nur kurz im Einwohnerrat. In seinen zwei Jahren hat er gesehen wie viel Aufwand das Amt als Einwohnerratsmitglied mit sich bringt. Er schätzt sehr, dass alle im Rat den Aufwand auf sich nehmen um Kriens weiter zu entwickeln. Cedric Seger hat sich die Entscheidung nicht einfach gemacht Kriens zu verlassen. Er wünscht Kantonsratskandidaten viel Glück bei den Wahlen.

Schluss

Räto Camenisch dankt allen Mitglieder für die konstruktive Sitzung.

Man trifft sich anschliessend im Restaurant Uno e piu zum Ausklang.

Die nächste Sitzung findet am 9. März 2023 statt.

Die Sitzung schliesst um 19:00 Uhr.

Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Der Einwohnerratspräsident:

Räto Camenisch

Die Stadtschreiberin

Karin Schuhmacher Bürgi

Des Protokollführers

Sascha Frevel